

INFOPERU73

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 73 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Keine Profite auf Kosten von COVID-19-Erkrankten \(Annette Brox\)](#)
3. [„Eine Volkswirtschaft des 21. Jahrhunderts in einem Staat aus dem 19. Jahrhundert“ \(Hildegard Willer\)](#)
4. [Der wirtschaftliche Corona-Schock in Peru \(Clara Uhlemann und Theresa Nickles\)](#)
5. [CONFIEP und Grupo Romero regieren mit \(Heinz Schulze\)](#)
6. [Palastrevolution schlägt fehl: Präsident Vizcarra bleibt im Amt \(Andreas Baumgart\)](#)
7. [Jahrestag: Der Leuchtende Pfad und die Festnahme von Abimael Guzman \(César Bazán Seminario\)](#)
8. [Pandemie, Verzweiflung und Konflikt in Espinar: Teil II \(Vanessa Schaeffer\)](#)
9. [Huancavelica: Giftige Dämpfe aus der Kolonialzeit \(Theresa Nickles\)](#)
10. [Madre de Dios: Umweltschützer erschossen \(Theresa Nickles\)](#)
11. [Kurz gemeldet: Oktober 2020](#)
12. [Julio Gamero ist tot \(Jimi Merk\)](#)
13. [ISP-News Oktober 2020](#)
14. [Weltwärts mit Welthaus Bielefeld: Bewerbung läuft!](#)
15. [Freiburg, 6. – 14. November: Theatervorstellung „Intercambios“](#)
16. [10. November 2020: Online-Vortrag „Quellflüsse des Amazonas in Gefahr“](#)
17. [21. November 2020, München: „Cosmovision Andina – Weltanschauung der andinen Völker“](#)
18. [1. Dezember: Online-Seminar „Aktuelle Themen indigener Gemeinschaften in Peru“](#)

1. Editorial No 73

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

seit ein paar Wochen fallen in Peru endlich die Zahlen der Corona-Infizierten und -Toten. Langsam entspannt sich die Lage. Seit 1. Oktober sind die meisten Geschäfte und Wirtschaftsbranchen, aber auch staatliche Stellen wieder geöffnet. Interregionale Busse und Flugzeuge verkehren wieder. Aus den Nachbarländern dürfen wieder Linienflüge in Peru landen. Trotz dieser fortschreitenden Normalität: der Corona-Schrecken sitzt noch vielen von uns in den Knochen und Vorsicht ist angesagt. Schliesslich weiss niemand, wann in Peru mit einer 2. Welle zu rechnen ist, und ob bei zuviel Lockerung die Fallzahlen nicht wieder ansteigen.

In diesem InfoPeru beschäftigen wir uns besonders mit dem, was die Corona-Pandemie in Peru auch hinterlassen hat: weniger Arbeitsplätze und mehr Armut. Volkswirtschaftsprofessor Efrain Gonzales de Olarte erklärt im Interview, wann er wieder mit einem positiven Wachstum rechnet. Clara Uhlemann und Theresa Nickles stellen eine Studie zur Auswirkung von Corona auf die peruanischen Haushalte des Thinktanks GRADE vor.

Ein Thema, das während der Corona-Pandemie etwas untergegangen ist: die Auseinandersetzung um die Ratifizierung des Abkommens von Escazu. Das Abkommen lateinamerikanischer Staaten schreibt das Recht auf Umweltinformation, auf Beteiligung in Umweltfragen und den Schutz von Umweltaktivisten vor. Damit es gültig wird, muss es von den Nationalparlamenten ratifiziert werden. Seit Wochen machen die Unternehmer im Verbund mit den Medien und mit national eingestellten Politikern gegen die Ratifizierung mobil. Peru würde damit seine nationale Souveränität aufgeben und internationale Gerichte könnten über die Landnutzung in Peru bestimmen, so ihre Propaganda. Sie hatte Erfolg. Der Vorsitzende des aussenpolitischen Ausschusses des Parlaments verkündete, dass der Kongress das Abkommen nicht ratifizieren würde – obwohl sich Exekutive und Judikative dafür ausgesprochen hatten. Trotz dieses Rückschlages ist das letzte Wort über die Ratifizierung von Escazu hoffentlich noch nicht gesprochen.

Denn dass die zunehmende internationale Verflechtung sich auch in Regeln und Gesetzen zugunsten der bisher Benachteiligten niederschlägt, ist nicht mehr aufzuhalten. In der Schweiz tobt in diesen Wochen ein Abstimmungskampf um die Konzernverantwortungsinitiative. Wenn die Schweizer*innen am 29. November mehrheitlich für die Initiative stimmen, müssen multinationale Unternehmen mit Sitz in der Schweiz auch für ihre Auslandstätigkeiten haften. Dasselbe gilt für die deutsche Gesetzesvorlage eines Lieferkettengesetzes. Sowohl Infostelle Peru als auch die Bergbaukampagne unterstützen dieses Vorhaben aktiv.

Auch darüber können Sie in diesem InfoPeru lesen.

Hildegard Willer

2. Keine Profite auf Kosten von COVID-19-Erkrankten

Die Antwort der Firma Linde auf einen Offenen Brief von 34 Organisationen fällt knapp aus.

Produzenten medizinischer Produkte dürfen aus der Corona-Krise keine unangemessenen Profite ziehen, hatten die Informationsstelle Peru, Caritas international, Misereor, Adveniat und die Erzdiözese Freiburg zusammen mit 29 Nichtregierungsorganisationen und Partnerschaftsgruppen in einem [Offenen Brief](#) an die Firma Linde gefordert. Das Unternehmen stellt weltweit medizinischen und industriellen Sauerstoff her und verkauft ihn. Wie berichtet, hatten die Informationsstelle Peru und die anderen Unterzeichner im September an Linde appelliert, die Versorgung der peruanischen Bevölkerung mit medizinischem Sauerstoff zu verbessern und vor allem für alle Betroffenen finanziell erschwinglich zu machen. Peru hat mit 103 Toten pro 100.000 Einwohner*innen (Stand 13.10.2020) die höchste Sterblichkeitsrate weltweit. Neben vielen anderen Problemen liegt dies auch an dem großen Mangel an medizinischem Sauerstoff, den dafür notwendigen Geräten und den extrem hohen Preisen für Sauerstoff.

Die unterzeichnenden Organisationen warnten, dass die Coronavirus-Pandemie existentiell das Recht auf Gesundheit bedroht und in Peru und anderen Ländern zu einer Vertiefung sozialer Ungleichheit führt. In diesem Kontext stelle sich die Frage nach der sozialen Verantwortung marktbeherrschender Firmen. Linde könne Verteilungsnetze, Verteilungsmengen und Preise von Sauerstoff direkt beeinflussen. Sie forderten Linde dazu auf, unverzüglich alles zu tun, um eine ausreichende Versorgung mit medizinischem Sauerstoff in Peru sicherzustellen. Das Unternehmen solle seine Preisgestaltung transparent machen und durch eine deutliche Preissenkung für medizinischen Sauerstoff dafür sorgen, dass er für die Kliniken und die an COVID-19 erkrankten Menschen in Peru erschwinglich und zugänglich ist.



Foto:Hildegard Willer

Die Antwort von Linde auf diesen ausführlichen Brief fiel äußerst knapp aus: In fünf Zeilen erklärt das Unternehmen, es habe weltweit größte Anstrengungen unternommen, um den gestiegenen Bedarf an Sauerstoff befriedigen zu können. Auch in Peru habe das Unternehmen die Sauerstoffproduktion erheblich gesteigert. Und ihres Wissens hätten alle ihre Kunden (Krankenhäuser und Kliniken) ausreichend Sauerstoff geliefert bekommen.

Auf die Frage der Preisgestaltung geht Linde nicht ein. Auch ist nicht bekannt, wer und wie viele die Kunden der Firma sind und woher die anderen Kliniken und Privatpersonen ihren Sauerstoff beziehen sollen, wenn nicht von den beiden marktbeherrschenden Unternehmen. (Neben Linde, das 2018 mit der US-amerikanischen Firma Praxair fusionierte, ist dies die US-amerikanische Firma Airproducts).

Die unterzeichnenden Organisationen sind enttäuscht von der lapidaren Antwort und wollen sich damit nicht zufrieden geben. Sie werden sich deshalb jetzt an Mitglieder des Bundestags wenden. Auch wenn die Zahl der Neuinfektionen jetzt gottseidank abnimmt, muss die Frage nach einer gerechten Preisgestaltung und einer flächendeckenden Sauerstoffversorgung für alle Menschen in Peru weiter auf der Agenda bleiben. Die peruanische Ombudsstelle Defensoría del Pueblo bereitet einen weiteren Bericht über die Lage vor.

Annette Brox

3. „Eine Volkswirtschaft des 21. Jahrhunderts in einem Staat aus dem 19. Jahrhundert“

Erst im Jahr 2022 wird Perus Wirtschaft wieder den Stand vor Ausbruch der Coronakrise erreichen, sagt Volkswirtschaftsprofessor Efrain Gonzales de Olarte.

InfoPeru: Herr Professor Gonzales de Olarte, wie beurteilen Sie die wirtschaftlichen Maßnahmen der peruanischen Regierung während des Lockdowns?

Gonzales de Olarte: Diese Pandemie hat uns gezeigt, wie schrecklich die Ungleichheit in unserem Land ist. Sie wurde immer schlimmer, je länger die Quarantäne dauerte. Zwei Drittel der Peruaner*innen arbeiten im informellen Sektor, verdienen jeden Tag das, was sie brauchen. Damit sie die Quarantäne einhalten konnten, sollten sie Hilfszahlungen erhalten. Doch gerade die Informalität machte es schwer, dass diese Hilfgelder ausgezahlt werden konnten. Es gab keine Adressregister, die Menschen hatten keine Bankkonten. Oder mussten bei einer der wenigen Bankfilialen Schlange stehen. Erst jetzt gibt es die elektronischen Zahlungsmittel via Handy, aber sie sind noch nicht so weit verbreitet.

Gott sei Dank hatte der peruanische Staat viele Reserven. Die Makroökonomie Perus ist aus dem 21. Jahrhundert, aber die Mikroökonomie aus dem 19. Jahrhundert. Peru hat als erstes Land einen

vollständigen Corona-Plan vorgelegt, mit Krediten für die Reaktivierung der Unternehmen. Die Zentralbank garantierte für das Hilfspaket, eines der größten weltweit, gemessen an der Wirtschaftskraft.

Aber das Gesundheitssystem funktionierte nicht. Denn der peruanische Staat ist institutionell sehr schwach. Wir hatten weder eine adäquate Infrastruktur noch das Personal, um der Pandemie etwas entgegenzusetzen. Unser Gesundheitssystem setzt auf Heilung in Krankenhäusern, statt auf die Prävention in den Gesundheitsposten. Die Gesundheitsposten aber wurden geschlossen, und im Krankenhaus stieg das Risiko, an Covid-19 zu sterben. Aus der Pandemie haben wir auch gelernt, dass eine Investition in die Prävention viel billiger kommt.

Der peruanische Staat ist schwach, weil er sehr klein ist. Die Steuerquote (Anteil der gesamten Steuern am BIP) ist mit 16 Prozent sehr niedrig (Vergleich Deutschland: 24 Prozent). Die Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben am BIP) beträgt 21 Prozent (Vergleich Deutschland 2017: 44,5 Prozent)

Wir haben so wenige Steuereinnahmen, weil der Reichtum so ungleich verteilt ist. 10 Prozent der Bevölkerung verdient mehr als 40 Prozent des Gesamtverdienstes, 20 Prozent der Bevölkerung dagegen weniger als 5 Prozent.

Dazu kommt, dass die meisten Steuern indirekt sind, wie z.B. die Mehrwertsteuer, und die Armen mehr von ihrem Einkommen davon bezahlen als die Reichen. Das ist dramatisch in Peru. Die Leute mussten arbeiten gehen, und wir haben zwei Monate des Schreckens erlebt. Gott sei Dank sind die Corona-Zahlen seit zwei Wochen rückläufig. Seit 1. Oktober erleben wir nun die vierte Phase der wirtschaftlichen Reaktivierung. Aber wir wissen nicht, ob dadurch die Coronainfektionen wieder steigen werden.



Strassenverkäuferinnen während des Lockdowns in Limas Altstadt Foto: Hildegard Willer

InfoPeru: Wie beurteilen Sie den Einsatz und die Verwendung dieser vielen Staatsgelder zur wirtschaftlichen Reaktivierung?

Gonzales de Olarte: Es ist logisch, dass ein großes Unternehmen mit einer größeren Anzahl an Beschäftigten höhere Kredite braucht. In Peru bekamen 5000 Firmen rund 70 Prozent der Reaktivierungskredite, die restlichen 30 Prozent gingen an Tausende von Klein – und Kleinstunternehmen. Die Frage ist nicht, ob die Reichen mehr bekommen, sondern welche Auswirkung auf die Beschäftigung der Kredit hat. Die Logik dahinter ist, dass man mehr Beschäftigungsketten in Gang setzt, wenn man z.B. einem großen Bergbauunternehmen Anshubkredite gibt. Aber das muss man genau anschauen. Wenn die Reaktivierungsphase vorbei ist, werden wir wahrscheinlich sehen, dass die Wirtschaftsstruktur sich nicht groß geändert hat. Und sie müsste sich ändern!

Infostelle: In welcher Hinsicht?

Gonzales de Olarte: Anstatt die Kredite nach Größe der Unternehmen zu verteilen, sollten wir den Sektoren Kredite geben, welche am meisten Arbeitsplätze stellen und die ihre Produktivität verbessern müssen. Der wichtigste Grund für die Ungleichheit ist Ungleichheit in der Produktivität. In Peru kann diese Spanne eins zu hundert betragen, wenn man z.B. die Produktivität eines Kleinbauern mit der Produktivität im Energie- oder Finanzsektor vergleicht. Wir bräuchten eine Politik, die Beschäftigung schafft und dann durch gezielte Kredite und technische Unterstützung die Produktivität anhebt.

Dazu kommt, dass in einem halben Jahr Wahlen anstehen. Die Regierung entscheidet nichts Wichtiges mehr und ist mit der Pandemie voll ausgelastet. Dabei sollte zumindest ein wenig Augenmerk auf die mittel – und langfristige Entwicklung nach Abklingen der Pandemie gelegt werden. Aber dafür braucht es einen stärkeren Staat als den peruanischen. Was wir nun sehen werden, sind populistische Wahlversprechen.

InfoPeru: Als eine Notmaßnahme erlaubte die Regierung den Menschen sich einen Teil ihrer privaten Altersrente auszahlen zu lassen. Im Parlament gibt es Vorschläge, dass auch die staatliche Rente ausbezahlt werden könne, lange bevor die Menschen ins Rentenalter kommen. Was halten Sie von solchen Vorschlägen?

Gonzales de Olarte: Das ist ein großer Fehler. Man löst kein Problem, indem man das Geld der Rentner*innen freigibt. Die Renten in Peru sind sowieso sehr niedrig, und es gibt drei verschiedene Rentensysteme (staatlich, privat, und eines für Polizei und Armee).

Es sind unverantwortliche, aber sehr populistische Vorschläge, um in den nächsten Wahlen Stimmen zu bekommen. Dabei müsste unser Rentensystem reformiert und vereinheitlicht werden. In einem Land mit so viel Ungleichheit wie dem unseren sollte die Rente am Ende eines Arbeitslebens zu mehr Gleichheit verhelfen, nicht zu mehr Ungleichheit.

InfoPeru: Der Einbruch der peruanischen Wirtschaft durch die Coronakrise ist gewaltig. Aber könnte nicht auch die Erholung genauso schnell wieder vonstatten gehen?

Gonzales de Olarte: Laut Vorhersagen wird die Wirtschaft dieses Jahr um mindestens 12 Prozent einbrechen, ich halte 14 Prozent für wahrscheinlicher. Nächstes Jahr wird die Wirtschaft um zehn Prozent wachsen, es wird also immer noch ein Minuswachstum geben. Erst im Jahr 2022 wird die Wirtschaft wieder ihren Stand vor der Coronakrise erreichen und ins positive Wachstum kommen.

Die peruanische Wirtschaft ist auf den Export von Rohstoffen ausgerichtet. Dieser hat unter Corona nicht so sehr gelitten. Damit erwirtschaften wir die notwendigen Devisen und verhindern, dass der Wechselkurs einbricht. Es hängt also von der Nachfrage ab. Peru exportiert zu fast gleichen Teilen nach Europa, USA, China und Lateinamerika. Sofern deren Nachfrage nach peruanischen Gütern nicht einbricht, sieht es nicht so pessimistisch aus.

Peru hat ein Gesetz, nachdem jeder Staatshaushalt mindestens mit 1 Prozent im Plus liegen muss. Und gesetzlich ist es auch nicht möglich, dass die Zentralbank dem Staat Geld leiht. Damit bleibt dem Staat, wenn er Geld braucht, nur übrig, Staatsanleihen auszugeben.

InfoPeru: Wo zeigen sich die größten Ungleichheiten?

Gonzales de Olarte: Die Armen werden ärmer sein am Ende der Pandemie, weil sie in der Zeit kein Einkommen hatten, wohingegen die Mittelschicht nur wenig Einkommen verloren hat. Und die Oberschicht gar keines. Der Dienstleistungssektor, darunter auch der Tourismus, werden am meisten leiden. Viele der dort Beschäftigten werden woanders einen Job suchen müssen.

InfoPeru: Warum ist es eigentlich so schwierig, den Anteil der informell Beschäftigten in Peru – einen der höchsten in ganz Lateinamerika – zu senken ?

Gonzales de Olarte: Was verstehen wir unter Informalität? Jemand, der keine Steuernummer hat? Oder, wer nicht sozialversichert ist? Oder wer kein Bankkonto hat?

Für mich ist die Informalität die Fassade der niedrigen Produktivität. Du wirst keinen Kredit bei der Bank bekommen, wenn du ein Grundstück, sagen wir in Villa El Salvador, als Garantie hinterlegst. Die Bank wird daran kein Interesse haben, sie will deinen Cashflow, deinen Umsatz, sehen. Und der ist niedrig, wenn deine Produktivität niedrig ist. Diese verhindert, dass du dich bei der Steuerbehörde registrierst, oder dass du zur Bank gehst.

Außerdem ist der Staat sehr schwach, um zu formalisieren.

InfoPeru: Sehen Sie auch Chancen in der Coronakrise?

Gonzales de Olarte: Die Pandemie hat uns auch gezeigt, dass Zusammenarbeit besser funktioniert als der Individualismus. Ein Beispiel sind die Volksküchen, oder private Hilfsaktionen.

Es gibt mehr Bewusstsein über die Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Dies muss sich auch in der Politik bemerkbar machen. Und die Wissenschaft hat profitiert. Man hat gemerkt, dass die Wissenschaft Leben retten kann.

Die Pandemie hat einen kulturellen Wechsel eingeläutet. Aber ein solcher Wechsel dauert mehrere Generationen.

Das Interview führte Hildegard Willer

4. Der wirtschaftliche Corona-Schock in Peru

Die Corona-Pandemie hat in Peru sehr viele Arbeitsplätze gekostet. Die Krise sei aber auch eine Chance, den Anteil der formellen (sozialversicherten und steuerpflichtigen) Arbeitsplätze zu erhöhen, so eine Studie des Thinktanks GRADE.

Um zu verstehen, was der drastische Stopp der Wirtschaft von heute auf morgen für Peru bedeutet, ist es nötig, sich mit der Situation der peruanischen Haushalte und der Arbeiter*innen auseinander zu setzen. Genau das taten Miguel Jaramillo und Hugo Ñopo des Thinktanks für Entwicklung Grade aus Lima in ihrer Studie [“COVID-19 y shock externo – Impactos económicos y opciones de política en el Perú”](#) (Covid-19 und externer Schock – Ökonomische Auswirkungen und politische Handlungsmöglichkeiten in Peru). Mit einer Analyse der Situation der Haushalte, der Unternehmen und der Maßnahmen der peruanischen Regierung werden grundlegende Empfehlungen für politisches und wirtschaftliches Handeln während der Coronakrise gegeben. Die Studie ist auf wirtschaftliche Effekte der Krise fokussiert, soziale oder psychologische Auswirkungen beispielsweise werden nicht betrachtet.

Zwei Schocks

In der Studie wird zwischen zwei “Schocks” unterschieden. Der erste ist der gesundheitliche “Schock”, der durch das Virus an sich entstanden ist. Die überdurchschnittlich vielen Erkrankungen und Todesfälle werden eingangs nur kurz erwähnt. Der zweite “Schock” bezieht sich auf die Preissteigerungen für Nahrungsmittel, während gleichzeitig die Löhne im Land um durchschnittlich 20% gesunken sind. Für die wichtigsten Exportgüter Kupfer und Öl sind Nachfrage und Preise gesunken.

Peru begann erst in den letzten Wochen, die bereits sechs Monate andauernde Quarantäne langsam zu lockern. Obwohl sie schon vor einigen Monaten, im Juni dieses Jahres, formuliert wurden, bieten die Erkenntnisse der Studie ein grundlegendes Verständnis der jetzigen Lage der Haushalte Perus, von denen viele nicht mehr in der Lage waren oder sind, ein Einkommen zu generieren. Die langfristigen Auswirkungen und Entwicklungen können die beiden Autoren

aufgrund der globalen Unsicherheit noch nicht abschätzen. Zudem haben Jaramillo und Ñopo als Forscher des Thinktanks Grade weitere Artikel in internationalen Zeitungen zum Thema Coronakrise in Peru veröffentlicht.

Ein Großteil ist selbständig oder angestellt

Die Autoren beschäftigen sich in ihrer Studie vor allem mit einer Frage: Wie gut waren die peruanischen Haushalte für den derzeitigen "Schock" gewappnet? Da sich die Einkommen der Peruaner*innen neben privaten Einnahmequellen durch informelle und/oder formelle Arbeit zusammensetzen, ist es wichtig zu verstehen, wie der peruanische Arbeitsmarkt funktioniert. Nach einer Charakterisierung der Arbeitsplätze und der Verteilung der Arbeitskräfte, können die Verfasser sehen, wen die Krise am stärksten betrifft. Nur vier Prozent der arbeitenden Peruaner*innen sind Arbeitgeber*innen; ein Großteil arbeitet also selbstständig oder ist angestellt. Die Hälfte der Angestellten im privaten Sektor hat einen Arbeitsvertrag, wovon wiederum nur weniger als ein Viertel unbefristet ist, was bedeutet, dass viele der Arbeitsverträge während der Zeit des Lockdowns abgelaufen sind. In Peru gibt es 17 Millionen Arbeitskräfte, von denen nur drei Millionen einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben. 27% aller geschlossenen Verträge sind auf drei oder sechs Monate befristet. Arbeitende ohne Vertrag sind am stärksten von den Folgen der Pandemie betroffen, während diejenigen mit formellen Arbeitsplätzen öfter auf Ersparnisse zurückgreifen konnten.

In den unteren Einkommensschichten ermöglicht die informelle Arbeit die Hälfte des Einkommens, die andere Hälfte setzt sich aus Staatshilfen und Transfers mit anderen Haushalten zusammen. In der Studie wird deutlich, dass diejenigen Haushalte mit nur einem oder nur einer Einkommensempfänger*in in der Krise noch verwundbarer sind. Von den Selbstständigen arbeitet nur eine*r von zehn formal, ist also registriert, was sich mit den Selbstständigen mit höherem Abschluss deckt: ebenfalls eine*r von zehn. Die Schwierigkeiten des peruanischen Arbeitsmarkts, die durch die Krise noch einmal betont wurden, sind, dass von dem schon kleinen Teil formaler Arbeitskräfte ein Großteil unter sehr instabilen Konditionen arbeitet. In einem Artikel für *El Comercio* im September 2020 kann Jaramillo genau das bestätigen: Im Vergleich zum gleichen Trimester 2019 stieg die Arbeitslosigkeit um 39,6%, wovon die Selbstständigen und die informellen Arbeiter proportional stärker betroffen sind. Die zentrale Frage der beiden Peruaner ist folglich wie die Informalität der Arbeit in Peru verringert werden und ein Umfeld mit mehr formellen Arbeitsplätzen geschaffen werden kann. Die Unterscheidung in formelle und informelle Arbeit ist wichtig, da alle davon betroffen sind.

Die Studie legt einen Fokus auf die Situation der urbanen Arbeiter*innen. In den Städten sind knappe 80 Prozent der Arbeiter*innen beschäftigt sind und dort breitete sich das Virus am schnellsten aus. Im weiteren Verlauf der Krise ist aber nun auch die ländliche Bevölkerung stark betroffen und auch indigene Völker konnten der Pandemie nicht entkommen.



Einkaufen auf dem Markt in Lima während der Quarantäne Foto: Hildegard Willer

Ein gewaltiges Hilfspaket

Peru reagierte besonders im Vergleich mit europäischen Ländern und auch anderen südamerikanischen Ländern schnell auf die Krise und wollte sich neben der obligatorischen Quarantäne auch mit einer Stärkung des Wirtschaftssystems und einem Wirtschaftspaket für Haushalte und Unternehmen gegen die Pandemie rüsten. Bereits in der ersten 15-tägigen Quarantäne kündigte der Staat Unterstützung für die Haushalte an. Bedürftige sollten einen Bonus von 380 Soles bekommen, was 80% des Mindestgehalts entspricht und auch für viele Familien zumindest die Ernährung decken könnte. Der Staat stützte sich dabei auf bereits existierende Daten und Systeme, um zu entscheiden, welche Familien die Kriterien erfüllen. Offiziell waren es 2,7 der 6,4 Millionen Haushalte, die hier unterstützt werden sollten. Schnell wurde jedoch klar, dass die Systeme voll mit Datenfehlern sind und große Fehler bei der Inklusion entstanden. Zudem rechnete das Programm nur mit Familien, die bereits vorher als arm galten, obwohl durch den Lockdown einige unter diese Grenze fielen. Mit dem veralteten System war es dann auch nicht möglich, diese aufzuspüren. Dramatische Konsequenzen ergaben sich auch bei der Auszahlung der Gelder: Da viele arme Familien nicht über Online Bankkonten verfügen, mussten sie sich das Geld bei der Bank abholen, was zu langen Schlangen mit hohem Infektionsrisiko führte. Auch 700.000 Haushalte der Mittelschicht sollten unterstützt werden, womit das Programm den Staat im Monat 0,8% des BIPs kostete. Als weitere Maßnahme ermöglichte die Regierung den Bürger*innen bis zu einem bestimmten Betrag auf ihre Rentenkonto zuzugreifen. Seit der Veröffentlichung der Studie wurde dieser Betrag noch einmal erhöht, während das Programm für die Haushalte nicht fortgesetzt wurde.

Hilfen für formelle Unternehmen

Auch die Unternehmen erhielten nach Kriterien wie Verschuldung oder Korruption Unterstützung vom Staat mit einer Summe von 30 000 Millionen Soles. Sichert man das Einkommen der Unternehmen, hilft das natürlich auch den Arbeitnehmer*innen, allerdings ermöglichte man Unternehmen, die sich gegen diese Hilfeleistung entschieden, durch ein Notstandsdekret, Arbeiter*innen unbezahlt zu suspendieren. Insgesamt wurden für das Konjunkturprogramm 12% des BIPs ausgegeben, da die Quarantäne jedoch den Zeitraum der Hilfeleistung überschritt, sind die meisten Peruaner*innen trotzdem gravierend mit den Arbeitseinschränkungen konfrontiert. Die Unterstützung von Unternehmen soll sich laut Regierung auf diejenigen konzentrieren, die jeden Monat aktuelle Informationen über ihre Arbeitnehmer*innen melden. 1% der peruanischen Unternehmen stellt die Hälfte aller formellen Arbeitsplätze zur Verfügung. Finanzielle Unterstützung dürfe also die großen Unternehmen nicht ausschließen, da man so auch Hilfe für einen Großteil der formellen Arbeitsplätze verhindern würde, betonen die Autoren, denen die Stärkung der formellen Arbeit ein wichtiges Anliegen ist.

Dringend: mehr formelle Arbeitsplätze!

Das letzte Kapitel der Studie fasst die Handlungsmöglichkeiten der peruanischen Regierung zusammen. Dabei werden zwei Phasen unterschieden. In der ersten Phase liegt der Fokus auf der Unterstützung der Haushalte. Dazu zählen Programme wie der „Bonus 380“, der oben beschrieben wurde. Die zweite Phase nennen Jaramillo und Ñopo „Reaktivierung“. Beschäftigungswachstum und Nachfrage sollen hier stimuliert und Anreize für Unternehmen geschaffen werden, die Beschäftigten zu halten. Auch kleine Unternehmen sollen unterstützt werden. Die Priorität legen die Autoren auf eine Stärkung des Gesundheitssystems. Es müssten Systeme entwickelt werden, wie man Infektionen frühzeitig erkennt und effektiv reagiert. Der peruanische Staat sehe sich in dieser zweiten Phase mit einer hohen Arbeitslosigkeit konfrontiert, was das Problem wieder betont, dass informelle Arbeitsplätze keinen Mindestlohn haben. Trotzdem bekräftigen die beiden Peruaner, dass die Krise eine Chance sei, die Bedingungen zu verbessern und eine Gelegenheit zu erkennen, dass die „Formalität“ eines Arbeitsplatzes wichtige Vorteile hat, beispielsweise um alle Menschen mit Unterstützung zu erreichen. Möglichkeiten zur Arbeitssuche müssten verbessert, Ausbildung und Umschulung vereinfacht und Praktika für Jugendliche ermöglicht werden, fordern die Autoren. Jetzt müssten aber zuerst einmal alle mit finanziellen Hilfen erreicht werden, nach der Krise müsse die „Formalität“ der Arbeit im Land dann dringend erhöht werden!

Jaramillo und Ñopo geben einen weitläufigen Einblick in die wirtschaftliche Lage der Peruaner*innen. Die dramatische Situation auf dem Arbeitsmarkt wird ausführlich untersucht und mit vielen Zahlen in Statistiken belegt. Allerdings kann die Studie keine tiefe Analyse der Maßnahmen der Regierung bieten oder längerfristige Auswirkungen auf die Lage der Haushalte untersuchen. Das liegt daran, dass die Studie bereits im Juni veröffentlicht wurde. Allerdings waren auch schon die ersten 15 Tage Quarantäne für viele Familien dramatisch und die Maßnahmen

waren weit unproduktiver und kurzlebiger als der Bericht erkennen lässt. Anfang Oktober wurde ein weiterer Bonus von der Regierung verabschiedet. Ob dieser die Menschen besser erreicht, wird sich zeigen. Allerdings geben auch die Lockerungen der Quarantäne in den letzten Wochen Hoffnungen für den Arbeitsmarkt, auch wenn erst einmal informell.

Clara Uhlemann und Theresa Nickles

Quellen:

Jaramillo, Miguel/ Nopo, Hugo: "COVID-19 y shock externo. Impactos economicos y opciones de politica en el Peru", in: GRADE, Juni 2020.

Jaramillo, Miguel: "Anatomía de una debacle económica: el mercado laboral peruano en el 2020, por Miguel Jaramillo" in: El Comercio, 06.09.2020.

5. CONFIEP und Grupo Romero regieren mit

Der peruanische Unternehmerverband und die Unternehmen der Familia Romero haben in Peru grosse Macht.

1. Regiert die CONFIEP eigentlich peru?

Ein Blick auf den mächtigen Wirtschaftsverband.

Im Schwerpunktthema zur Wirtschaft (nach Corona) in Peru darf ein Blick auf die CONFIEP nicht fehlen.

CONFIEP steht für Confederación Nacional de Instituciones Empresariales Privadas, der Nationale Zusammenschluss der Privatwirtschaft Perus. Er wurde 1984 mit zunächst sieben Wirtschaftsverbänden gegründet. Jetzt gehören 21 Wirtschaftsverbände aus zehn führenden Wirtschaftssektoren des Landes dazu. Das sind unter anderem: der Verband der privaten Pensionsfonds (ATP), der Verband der peruanischen Banken (ASBANC), die nationale Vereinigung der Bergwerk-, Erdöl- und Energieunternehmen, die nationale Vereinigung der nationalen pharmazeutischen Labore, der Dachverband der Freizeit- und Sportgeschäfte, der Dachverband der Exporteure (COMEX) ... (website von CONFIEP).

Die CONFIEP vertritt die Interessen ihrer Mitglieder in enger Kooperation mit der Politik. Einige Beispiele: In der Zeit der Diktatur unter Präsident Fujimori wechselten CONFIEP-Präsidenten wie Manuel Sotomayor oder Roque Benavides in dessen Regierungsmannschaft. Dass CONFIEP unter Roque Benavides später den Wahlkampf der Fujimori-Tochter Keiko (2011) mit zwei Millionen Dollar unterstützte, war dann nur logisch.

Aktuelle Einmischungen in die Politik:

In der Anfangszeit der Corona-Pandemie 2020 forderte die aktuelle CONFIEP -Präsidentin María Isabel León vom Arbeitsministerium unter anderem eine Verfügung, mit der schnell und ohne auf die aktuellen Arbeitsgesetze achten zu müssen eine große Anzahl von Arbeiter*innen entlassen werden können. Das wurde von der Regierung nicht eins zu eins umgesetzt, aber in der Form der CONFIEP entsprochen, dass die Firmen ihre Arbeiter*innen schnell in einen unbezahlten „Urlaub“ schicken konnten. Das betraf im Mai 2020 über 200.000 Arbeiter*innen ([gestion.pe/economía/suspension – mtpe](http://gestion.pe/economía/suspension-mtpe)). Confiep stand weiter hinter den Kostenvorstellungen der privaten Kliniken, die für eine Covid 19-Behandlung zwischen 100.000 und 700.000 Soles, ca. 28.000 bis 200.000 €, verlangten. Das ließ die peruanische Regierung nicht zu. CONFIEP bedauerte das mit dem Kommentar, dass dieses eine wirtschaftliche Instabilität erzeugen und inländische wie ausländische Investoren abhalten würde, in den privaten Gesundheitsbereich in Peru zu investieren. Die privaten Kliniken bekommen – wenn sie überhaupt Patienten des staatlichen Gesundheitsdienstes behandeln – immer noch für eine Intensivbehandlung 55.000 Soles (ca. 16.000 €), auch wenn die Behandlung nur einen Tag dauert.

Zu nennen ist weiter der Kampf von CONFIEP gegen die Ratifizierung des Informations- und Teilnahmeabkommens ESCAZÚ. Dieses hat Peru bereits 2018 unterschrieben. Jetzt steht die Ratifizierung an, also die Übernahme in peruanisches Recht. Die CONFIEP arbeitet mit Unwahrheiten wie dieser: Bei einer Ratifizierung des Abkommens müsse Peru die Souveränität von über 60% des tropischen Regenwaldes aufgeben. Das Abkommen würde dagegen eine stärkere Mitbestimmung der Bevölkerung ermöglichen und auch eine höhere Souveränität über die eigenen Rohstoffe.

Allein diese wenigen Beispiele zeigen, wie stark dieser Unternehmens- und Wirtschaftsverband die peruanische Politik (mit)bestimmt.

(Heinz Schulze, aus Informationen von: gestion.pe; salud-con-lupa.com/noticias; servindi, 24.7.20, web-site confiep und div. peruanische Zeitungen)

2. Wirtschaftliche Wiederankurbelung mit verstärktem Ausverkauf der Ressourcen

Die peruanische Regierung setzt bei ihrer Wiederankurbelung der Wirtschaft stark auf einen verstärkten Ausverkauf der Rohstoffe. Das betrifft auch den tropischen Regenwald. In diesem Artikel legen wir einen Schwerpunkt auf das Tropenholz-Problem. Julia Urrunaga (Agencia de Investigación Ambiental – EIA). zeigt auf, womit die Abholzung und der Verkauf von Tropenholz ermöglicht wird und das an einem konkreten Beispiel aus der südperuanischen Region Madre de Dios. Dort wurden bei einer staatsanwaltlichen Aktion am 25.8.20 17 Personen festgenommen. Einige gehören der kriminellen Bande zum illegalen Holzhandel an: Los hostiles de la Amazonía. Mit dabei war der Forstverwalter der Region, Robert Nishida A. wie auch die ehemalige Wald- und Umweltdirektorin der Region Madre de Dios, Carmen Ruiz Pizango. (Julia Urrunaga, etiquera, 4.9.20).

Am 27.9.2020 liess der zuständige Richter, Paul Campos, einige der Hauptbeschuldigten der Bande „Los hostiles de la Amazonía“, frei. (La Republica, 28.9.20) Auch hier wird deutlich: Die Korruption in Verwaltung und Politik ist eine Hauptsäule für die Zerstörung des Regenwaldes. In der Verwaltung, oft auf Anweisung der politisch Verantwortlichen, werden die Papiere gefälscht, die die illegale Abholzung ermöglichen. Weiter ist ein Vermarktungs- und Vertriebssystem nötig um das Holz auf den Markt zu bringen. Zu diesem Vertriebsnetz gehören die „Augenzudrücker“, die Mitarbeiter an den Kontrollposten an Urwaldstraßen, die Holztransporte mit falschen Dokumenten durchlassen und dafür honoriert werden. Diese Mitarbeiter wählt der Chef der Kontrollpostenbehörde, Gersón Sánchez Dias, persönlich aus. Eine wichtige strategische Rolle im System der illegalen Abholzung spielt die Südroute der Interozeanischen Straße. Diese wurde mit viel Bestechungsgeldern durch den Regenwald geschlagen und stellt heute eine gute Infrastruktur für Holztransporte an die Küste dar. Natürlich spielen die Käufer in Peru und im Ausland eine große Rolle. Ohne diese gäbe es keinen Markt für Tropenholz. Zu den Käufern von Tropenholz gehören auch staatliche peruanische Stellen. (Mongabay Latin).

Um die peruanische Wirtschaft wieder anzukurbeln, will die Regierung die Vorgaben zum Umweltschutz lockern. Bezogen auf den Regenwald bedeutet das: Konzessionsvergabe ausweiten, die Flächen bewirtschaften. Dafür wurde die Kontrollbehörde für Forst und Fauna (SERFOR) geschwächt; es steht zu befürchten, dass noch mehr Regenwald zerstört wird.

Ein äußerst wichtiges Mittel dagegen sind amtlich verbriefte Landtitel für die indigenen Dorfgemeinschaften. Ansonsten nämlich kann ihr Land als ohne Besitzer dem Staat gehörend, vergeben, verkauft, verpachtet werden. Korrupte Personen jeglicher Couleur und Hierarchieebene verdienen in allen diesen Fällen gern mit.

(Heinz Schulze, Quellen IDL-web-site, servindi, 16.9.20, MongobayLatin)

3. Grupo Romero – Wirtschaftsgigant in Peru

Das Familienunternehmen Grupo Romero ist nach dem Konsortium Brescia das zweitgrößte Unternehmen Perus, mit einem Betriebskapital von 23- bis 25 Milliarden Dollar.

Alles begann 1874 mit Calixto Romero Hernández, der mit seiner Frau damals aus Spanien kommend, an die Nordküste Perus auswanderte und sich im kleinen Ort Catacaos niederliess. Die ersten Geschäfte war der Export von sogenannten Panamahüten, die dort von Hand geflochten wurden. Später handelten seine Frau und er mit Kaffee und Baumwolle und kauften die Hazienda San Jacinto. Im Jahr 1942 kauften die Nachfolger günstig Aktien der Banco Italia, aus der sie die spätere Banco de Credito del Peru machten. Die späteren Generationen kauften noch andere Großgrundbesitze, machten Geschäfte in der Hauptstadt Lima auf und handelten mit Öl, Seifen, Schmalz, investierten in die Baumwollbehandlung etc. So ging es weiter mit der Gründung der Immobilienfirma LISA, der Versicherungsfirma El Pacifico Peruano-Suiza (1992) und weiteren

Geschäften wie Plaza del Sol, Universal Textil, Alma Peru etc. Am Beispiel der Lebensmittelbranche sieht man, wie verzweigt das Romero-Imperium ist. Alle, die in Peru oder hier Lebensmittel in Peru oder hier aus Peru einkaufen, haben mit der Firma ALICORP zu tun. Sie vertritt 128 Marken mit einem Marktanteil von 30% in Peru. Zu den anderen Bereichen wäre zu sagen: Es gibt noch die Firma Primax, die den Verkauf von Kraftstoffen betreibt, Creditcorp ist die größte Finanzholding Perus mit Filialen in Kolumbien und Chile; die zur BCP gehörenden Mibanco vergibt auch Mikrokredite, der Logistik-Bereich betreibt Schifffahrt und Hafenservice.



Die grösste Bank Perus, die BCP, gehört zum Imperium der Familia Romero Foto: Andina/Difusion.

Grupo Romero ist heute in folgenden Sektoren tätig: Banken, Lebensmittel, Logistik, Transport, Handel, Versicherungen, Pensionskasse, Gesundheitsservice etc. und alles auch mit internationalen Verflechtungen.

Und immer gilt die Firmenkultur: Die männlichen Nachkommen führen die Geschäfte, die Frauen sind dazu da, zu sorgen, dass die Kinder eine gute Bildung bekommen und lernen, dass sie Teil dieser großartigen Familie sind. Das folgt der Tradition der Romeros aus Soria, Spanien.

In der Zeit der Landreformen unter General Velasco (1968) verlor die Grupo Romero auch ihre Haziendas aber sie erhielten dafür eine Entschädigung. Diese investierten sie im Palmölbereich und speziell in ihre Bank.

Die Grupo Romero und die Diktatur unter Präsident Fujimori

In der Krisenzeit um 1998 überlebte das Familienunternehmen Romero unter anderem dank der guten Kooperation mit Fujimoris berüchtigtem Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos. Sie entgingen dadurch einer Nachforschung wegen möglicher Beteiligung im Drogenhandel. Eine große Menge Kokain (353 Kilo) war in einer Halle der Firma RANSA, zusammen in Säcken mit

Fischmehl der Firma Hayduk gefunden worden. Die Halle gehört zur Romero-Gruppe. Außerdem hatte die Romerobank der Firma Hayduk einen Kredit in Höhe von 80 Millionen Dollar gegeben. Bald nach dem Aufdecken dieses Kokainfundes durch eine Polizeieinheit, von der gesagt wird, dass sie zur Struktur des Geheimdienstchefs gehörte, wurde die Firma aufgelöst – und der Grupo Romero eingegliedert.

Am 27.9.2000 floh Montesinos mit seiner Lebensgefährtin in einem Privatflugzeug der Firma ATSA, die zum Firmenimperium Romero gehörte. (cuarto poder). Die Kosten wurden später mit 27.118 Dollar beziffert.

Die Banco de Credito del Peru der Grupo Romero

Im August 2020 strengte die peruanische Bankenaufsicht (SBS) Untersuchungen gegen die Romero-Kreditbank und damit verbundenen weiteren Finanzunternehmen wie Mibanco, CrediCorp und Pacifico Seguros an. Es ging um Geldwäsche in den Jahren 2011 und 2016 und um Wahlkampfspenden in Höhe von 354 Millionen Soles an die Präsidentschaftskandidatin der Fujimori Partei, Keiko. (ojo público.com, 14.8.2020). Der Bankenchef Romero Paoletti bestätigte gegenüber Staatsanwalt José Domingo Pérez die Summe von 4.250.000 Dollar, die sie 2016 an Keiko Fujimori und dem späteren Präsidenten Kuczynski gezahlt haben (convoca.pe).

Heinz Schulze

6. Palastrevolution schlägt fehl: Präsident Vizcarra bleibt im Amt

In Peru wütet das Coronavirus, die Wirtschaft ist schwer angeschlagen. Dennoch hatte das peruanische Parlament nichts besseres zu tun, als Präsident Vizcarra ob seiner Beziehungen zu einem unbekanntem Schlagersänger ein Absetzungsverfahren anzuhängen.

Am Freitag den 18. September ist der Versuch, Präsident Vizcarra durch eine parlamentarische Abstimmung aus seinem Amt zu entfernen, kläglich gescheitert. Mit 79 Stimmen dagegen, 32 für und 15 Enthaltungen, hat sich der Versuch als Sturm im Wasserglas entpuppt. Zwei der wichtigsten Protagonisten der Amtsenthebung, die Parteien Acción Popular (AP) und Alianza para el Progreso (APP), stimmten geschlossen gegen die selbst zuvor fleißig betriebene Amtsenthebung. Geschlossen dafür stimmten nur noch die Partei von Antauro Humala, Unión por el Perú (UPP) und die Frente Popular Agrícola del Perú (FREPOP). (Am Ende dieses Artikels sind die Resultate im Einzelnen aufgeführt.) Im Vorfeld der Abstimmung hatten einige Parteiführer*innen, darunter Keiko Fujimori von Fuerza Popular, Daniel Urresti von Podemos Peru

und César Acuña von Alianza para el Progreso die Notbremse gezogen und ihre Parlamentarier*innen dazu aufgerufen, gegen die Amtsenthebung zu stimmen.

Dennoch sitzt der Schock tief, denn es war dem Parlamentspräsidenten Arturo Merino (Acción Popular) und dem Vorsitzenden der „Kommission für Wirtschaftsaufsicht und Kontrolle“ Edgar Alarcón (Union por el Perú) in Putsch-artigem Tempo gelungen, die Reihen des zerstrittenen und gemächlich arbeitenden Parlaments zugunsten einer Amtsenthebung des Präsidenten zu schließen und erst einmal zahlreiche Abgeordnete für das Vorhaben zu gewinnen. Die Rede war von einer „vacancia express“, einer Schnellabsetzung.

Für die Anhänger*innen und kritische Öffentlichkeit handelte es sich um eine Art parlamentarischen Putschversuch, für die Gegner*innen um einen legitimen Versuch, einen korrupten Präsidenten zu Verantwortung zu ziehen. Möglich war dieser rasche Schulterschluss einiger Parteien nur aufgrund der inzwischen auf einem Tiefpunkt angelangten Zerrüttung zwischen parlamentarischer Legislative und der Regierungsexekutive, die sich seit den „außerordentlichen“ parlamentarischen Interimswahlen von 2019 weiter verschärft hat. Dazu später mehr.

Die Chronologie der Ereignisse:

10. September:

Edgar Alarcón, Vorsitzender des „Ausschusses für Kontrolle und Rechnungslegung“ und Parlamentspräsident Manuel Merino präsentieren dem Parlament gemeinsam 3 Tonaufnahmen, die in den Arbeitsräumen des Präsidenten aufgenommen wurden. Aus ihnen soll hervorgehen, dass Vizcarra und zwei seiner engsten Mitarbeiterinnen, Karem Roca, Miriam Morales u.a. sich darüber austauschen, wie man mit einigen Fakten im Fall Richard Cisneros Carballido alias „Richard Swing“ vor der Staatsanwaltschaft umgehen soll. Vizcarra soll dem schillernden Musiker, Entertainer und Promoter aus Mitteln des Kulturministeriums mehrere Auftritte in Höhe von ca. 42000 Euro zugeschanzt haben. Swing, der keinerlei Amt bekleidet, soll sich außergewöhnlich frei im Regierungsgebäude bewegt und Zugang zu diversen Mitarbeiter*innen im Umfeld des Präsidenten gehabt haben. Mindestens in einer Aufnahme ist die Stimme von Vizcarra zu hören. Nach Bekanntwerdung bestätigte der Präsident, dass seine Stimme zu hören sei, verwies aber auf die Illegalität der Aufnahme und dass es bereits eine juristische Untersuchung des Falls gebe.

Die Audios wurden über mehrere Monate hinweg illegal von Karem Roca aufgenommen und am 10. September im Parlament aus dem Hut gezaubert. Seit einigen Wochen läuft ein Untersuchungsverfahren in dieser Sache und weitere Audios tauchten in Lauf der letzten Wochen auf, in denen Karem Roca sich mit Swing und dem Anwalt Fabio Noriega austauscht und darin allerlei Anschuldigungen gegen den Präsidenten erhebt. Karem behauptet auch, sie habe in Kontakt mit dem Promotor der versuchten Amtsenthebung Edgar Alarcón gestanden. Das würde auch erklären, wie er an die Tonaufnahmen gelangt ist.

Parlamentspräsident will mit Militär mauscheln

Wie sich später herausstellte, hatte Parlamentspräsident Merino an diesem Tag versucht, Gespräche mit den Oberkommandierenden der Streitkräfte zu führen. Dies gelang ihm nur mit dem Chef der Marine. Dieser hatte eine Direktive des Verteidigungsminister Jorge Chávez, die Gespräche mit Merino strikt untersagte, nicht mehr rechtzeitig erhalten. Der Verteidigungsminister war sofort von den Kommandanturen über die Kontaktversuche von Merino unterrichtet worden. Merino behauptete später, er habe nur die Führungen der Streitkräfte beruhigen und zur Neutralität auffordern wollen. In der Öffentlichkeit überwiegt die Annahme, dass es sich um den Versuch gehandelt habe, die Streitkräfte für die Amtsenthebung zu gewinnen und damit um den Versuch, einen Staatsstreich vorzubereiten. Zahlreiche Bürger*innen haben inzwischen Anzeige gegen Merino erstattet und Verteidigungsminister Jorge Chávez hat in einem Interview angekündigt, dass sein Ministerium die Möglichkeit einer Anklage untersuchen lasse.

11. September:

Parlamentarier*innen verschiedener Fraktionen stellten den Antrag auf Durchführung einer Abstimmung zur Amtsenthebung des Präsidenten Vizcarra aufgrund von „moralischer Untauglichkeit“ (incapacidad moral). Das Ansinnen wurde mittags in einer Abstimmung mit 65 dafür, 36 gegen und 24 Enthaltungen angenommen. Sechs von neun Fraktionen stellten sich dahinter. Auffallend war die geteilte Zustimmung aus der eigenen Partei Merinos, Acción Popular, die derzeit in 3 Lager gespalten ist.

13. September:

Premierminister Walter Martos gab bekannt, dass die Vertreter von zwei politischen Parteien der Regierung vorgeschlagen hatten, die kommenden Parlamentswahlen zu verschieben.

Außerdem wurden Gespräche Merinos und seiner Entourage mit Ministern bekannt, denen ein Verbleib in einer neuen Regierung zugesichert wurde. Dies nährte weiter den Verdacht, dass Merino schon länger an einer Machtübernahme vorbereitete.

Die Hintergründe: Angst um Amts- und Machtverlust

Warum gerade Merino? Bei den Präsidentschaftswahlen werden in Peru ein/eine Präsident*in und zwei Vizepräsident*innen gewählt. Pedro Pablo Kuczynski war bei der Wahl 2016 als Präsident hervorgegangen. Martin Vizcarra und Mercedes Aráoz wurden Vizepräsident, respektive Vizepräsidentin. Nach dem Rücktritt Kuczynskis übernahm Vizcarra das Amt. Aráoz war nach

einem gescheiterten Versuch, Vizcarra in einer Misstrauensabstimmung zu ersetzen, zurückgetreten. Damals folgten die Sonderwahlen. Da ihr Rücktritt später vom Parlament bestätigt wurde, stehen derzeit keine Vizepräsident*innen für eine Amtsübernahme zu Verfügung. Es gibt auch keine eindeutige Rechtsprechung für eine solche Situation, die nun eingetreten ist. Es herrscht allerdings in Kreisen von Verfassungsrechtler*inne weitgehend Einigkeit darüber, dass in diesem Fall der Präsident des Parlaments das Präsidentenamt übernimmt. Darauf hatte Merino wohl spekuliert.



Präsident Vizcarra, 2. v. li, sagt vor dem Parlament aus. Foto: Andina/Prensa Presidencia

14 September:

Die Regierung reicht einen Eilantrag vor dem Obersten Verfassungsgericht ein, um die Abstimmung abzuwenden. Grund: Nicht-Zuständigkeit des Parlaments. Nach peruanischem Verfassungsrecht kann ein Präsident nur aus den folgenden Gründen ersetzt werden: Tod; Rücktritt mit Annahme durch das Parlament; Dauerhafte körperliche oder geistige Behinderung; Verlassen des Landes ohne Erlaubnis des Parlaments oder nicht termingerechte Rückkehr; Absetzung wegen Verstößen gegen den Artikel 117. In letzterem sind Akte wie Vaterlandsverrat, Wahlverhinderung u.a. festgehalten.

Ein peruanischer Präsident kann aufgrund seiner Immunität weder aus moralischen und politischen Gründen, wie beispielsweise bei einem Impeachment in den USA, noch wegen ziviler Vergehen aus dem Amt entfernt werden.

Deshalb wurde „incapacidad moral permanente“ – dauerhafte moralische Unfähigkeit – als Begründung angeführt. Dabei handelt es sich allerdings um ein allgemein verbreitetes Missverständnis über die Bedeutung des Begriffs „moral“ in der Verfassung. Parlamentarier*innen und Bevölkerung interpretieren dies als „moralische Haltung“ oder „unmoralische Verfehlungen“. Tatsächlich meint der Begriff, der 1893 in die Verfassung aufgenommen wurde, die

Regierungsunfähigkeit aufgrund geistiger Behinderung. Daher war der Zuständigkeitseinwand der Regierung absolut berechtigt und das Prozedere eigentlich illegal.

16. September:

Die linke Fraktion Frente Amplio reichte einen Misstrauensantrag gegen den Parlamentspräsidenten aufgrund seiner Kontaktversuche zum Militär und der Verfolgung persönlicher Machtinteressen ein. Das Parlament lehnte mehrheitlich die Behandlung ab, und der Antrag wurde nicht zur Debatte zugelassen. Lediglich die Partei „Partido Morado“ stimmte mit dem FA.

17. September:

Das Gesuch der Regierung wurde vom Verfassungsgericht (TC) abgelehnt und das parlamentarische Absetzungsverfahren genehmigt. Erstaunlicherweise mit einer wenig verfassungsmäßigen Begründung: Man gehe aufgrund der Verlautbarungen der Parteiführungen davon aus, dass es nicht zu einer Absetzung Vizcarras kommen werden. Diese Wendung zeigt auch deutlich, wie weit sich schon die Kräfte innerhalb des TC zugunsten der Gegner Vizcarras verlagert haben und die weitere Bekämpfung der Korruption dadurch künftig weiter erschwert wird.

Am selben Tag reichte Frente Amplio einen Antrag auf Entfernung Alarcóns als Präsident der Comisión de Fiscalización ein. Er habe gegen einige Untersuchungsregeln im Fall Richard „Swing“ verstoßen und besitze daher nicht die Autorität, als Verdächtiger, die Untersuchung von Korruptionsfällen zu leiten. U.a. hatte er anstehende terminierte Fälle zurückgestellt, um die ehemalige Mitarbeiterin von Vizcarra, Karem Roca anhören zu lassen und so rasch Beweise gegen den Präsidenten vorlegen zu können. Gegen Alarcón laufen derzeit 39 Untersuchungsverfahren wegen Geldwäsche, Amtsmissbrauch, Bereicherung, Unterschlagung etc.

18. September: Vizcarra erscheint vor dem Parlament

Nicht alle hatten erwartet, dass Vizcarra am Tag der Debatte um seine Absetzung persönlich erscheinen würde. Dennoch fand er sich im Parlament ein, um einige Worte an das Parlament und die peruanische Bevölkerung zu richten. Er sei gekommen, weil er ein reines Gewissen habe und um zu zeigen, dass er sich den Herausforderungen stelle. Er betonte die Unrechtmäßigkeit des Verfahrens und bestritt, dass die Tonmitschnitte der wirkliche Anlass für das Verfahren seien. Er entschuldigte sich für die verworrene Situation, die die bösen Absichten einiger Protagonist*innen wegen der Audios verursacht hätten. Er verwies u.a. auf die ersten Erfolge im Kampf gegen Covid16 und der wirtschaftlichen Reaktivierung, die mit aller Kraft fortgesetzt werden müssten.

Nach seinem kurzen Statement verließ er den Saal und sein Anwalt Roberto Pereira übernahm die Verteidigung während der nachfolgenden Stunde. Er ging nicht auf die unmittelbaren Vorwürfe ein, sondern auf die Unrechtmäßigkeit des Ansinnens. Durch bemerkenswertes Wissen, Interpretationsvermögen und Sprachgewandtheit wurde sein Beitrag eine Lehrstunde demokratisch- verfassungsrechtlicher Argumentation, wie man sie, selbst weltweit, äußerst selten in einem Parlament zu hören bekommt.

Eine bizarre Parlamentsdebatte

Anschließend wurde die Versammlung unterbrochen und dann mit der Debatte unter den Parlamentarier*innen weitergeführt. Sie war streckenweise unterirdisch und 90 Prozent der Beiträge gingen völlig am Thema vorbei. Da ging es zunächst um emotionale Angriffe gegen den Präsidenten, oft unter der Gürtellinie, um Beschuldigungen aller Art, persönliche Befindlichkeiten und vor Pathos tiefende Eigenpropaganda und Apelle an Patriotismus für Volk und Vaterland. Der Abgeordnete Burga befasste sich mit der Kleiderordnung und beschwerte sich bitterlich, dass Vizcarra ohne Krawatte aufgetreten war. Posemoscrowte Chagua Payano von UPP wünschte dem Präsidenten mindestens Gefängnis und besser noch, die Todesstrafe.

Der Kontrast zwischen der Verteidigung und den parlamentarischen Ankläger*innen konnte nicht größer sein. Eines wurde überdeutlich: Nur wenige Abgeordnete kennen die Verfassung und befassen sich mit Rechtsfragen. Andere, leider eine Minderzahl, überzeugten mit guten und schlüssigen Argumenten. Sie standen vor dem Dilemma, die neoliberale Wirtschaftspolitik Vizcarras und die bevorzugten Pandemie-Hilfen für die ohnehin schon Privilegierten strikt abzulehnen und gleichzeitig gegen die Absetzung Vizcarras stimmen zu müssen, um noch Schlimmeres zu verhüten.

Die schließlich folgende Abstimmung endete mit 79 Stimmen gegen die Amtsenthebung, 32 dafür, bei 15 Enthaltungen.

Was wirklich dahinter steckt

Lässt man die Ereignisse Revue passieren und sucht nach den tatsächlichen Motiven für diesen Sturm im Wasserglas, stößt man auf eine spezielle Gemengelage, in der zahlreiche vorwiegend individuelle Motive mit Interessen ökonomischer Machtgruppen, populistische Ressentiments, prinzipielle Verweigerung, Frustration bis hin zu Hass und durchaus berechtigte Kritiken zusammengefallen sind und eine kurzzeitig außer Kontrolle geratene Dynamik entfacht hatten. Sie im Einzelnen aufzuführen, würde diesen Artikel bei weitem sprengen.

Mehrere Abgeordnete werden von der Staatsanwaltschaft untersucht wegen Korruption und allerhand anderer krimineller Aktivitäten. Für sie war der mutmaßliche Verstoß Vizcarras ein rettender Strohalm, nach dem sie in ihrer Panik griffen. Geholfen hat es ihnen nicht.

Das Interimsparlament hat die Fundamentalopposition des vorherigen Parlaments fortgesetzt und die Kluft zwischen den Gewalten weiter vertieft. Die parlamentarische Zusammensetzung drückt die starke Fragmentierung der

politischen und ökonomischen Interessensgruppen wie der Gesellschaft insgesamt aus. Das macht eine homogene, in sich schlüssige Regierungspolitik zur Befriedigung möglichst aller Interessen unmöglich.

Ein Präsident ohne eigene Parlamentsfraktion

Seit nunmehr 3 Jahren wird Peru von Präsidenten regiert, die nicht über eine parlamentarische Mehrheitsfraktion verfügen. Vizcarra hat nicht einmal eine Partei hinter sich, die ihn direkt unterstützen würde.

Es ist unwahrscheinlich, dass noch einmal ein Versuch unternommen wird, Vizcarra vor den im April 2021 anstehenden Präsidents- und Parlamentswahlen zu stürzen. Selbst wenn in den nächsten Tagen möglicherweise weitere neue belastende Tatsachen ans Licht kommen, wäre es nicht im Interesse der meisten Parteien, jetzt noch Verantwortung für die Lösung der gigantischen Probleme Perus zu übernehmen, um dann womöglich bei den Wahlen für ihre Unfähigkeit bestraft zu werden, irgendetwas daran geändert zu haben.

Einige aussichtsreiche Präsidentschaftskandidat*innen sind keine Abgeordnete und werden einen Teufel tun, der anstehenden Parlamentswahl Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Schließlich wollen sie das Land führen und ihre bevorzugten Kandidat*innen für das Parlament auf ihren Listen stehen haben. Vergessen wir nicht, dass das Parlament durch Interimsabgeordnete gebildet wird, die bei den kommenden Wahlen eh nicht antreten dürfen.

Zudem sitzt das Misstrauen gegen die Konkurrent*innen tief und nicht ohne Grund haben die Parteiführer*innen in- und außerhalb des Parlaments gegen die Amtsenthebung stimmen lassen, weil sie eine eventuelle Wahlverschiebung samt neuer Präsidentschaft durch Manuel Merino mit unabsehbaren Folgen fürchten mussten. Vizcarra wird den Rest seiner Amtszeit weiterhin den Gegenwind des Parlaments spüren und vermutlich noch einige Minister*innen und Mitarbeiter*innen auswechseln müssen.

Andreas Baumgart

7. Jahrestag: Der Leuchtende Pfad und die Festnahme von Abimael Guzman

Die Gefangennahme des Anführers von *Sendero Luminoso*, Abimael Guzman, vor 28 Jahren war ausschlaggebend für das Ende des bewaffneten internen Konflikts. *César Bazán und Vanessa Schaeffer erinnern daran, warum Abimael Guzman verurteilt wurde, und Sendero Luminoso als bewaffnete Gruppe eindeutig zu den Tätern des Konflikts, und nicht zu den Opfern zählte.*

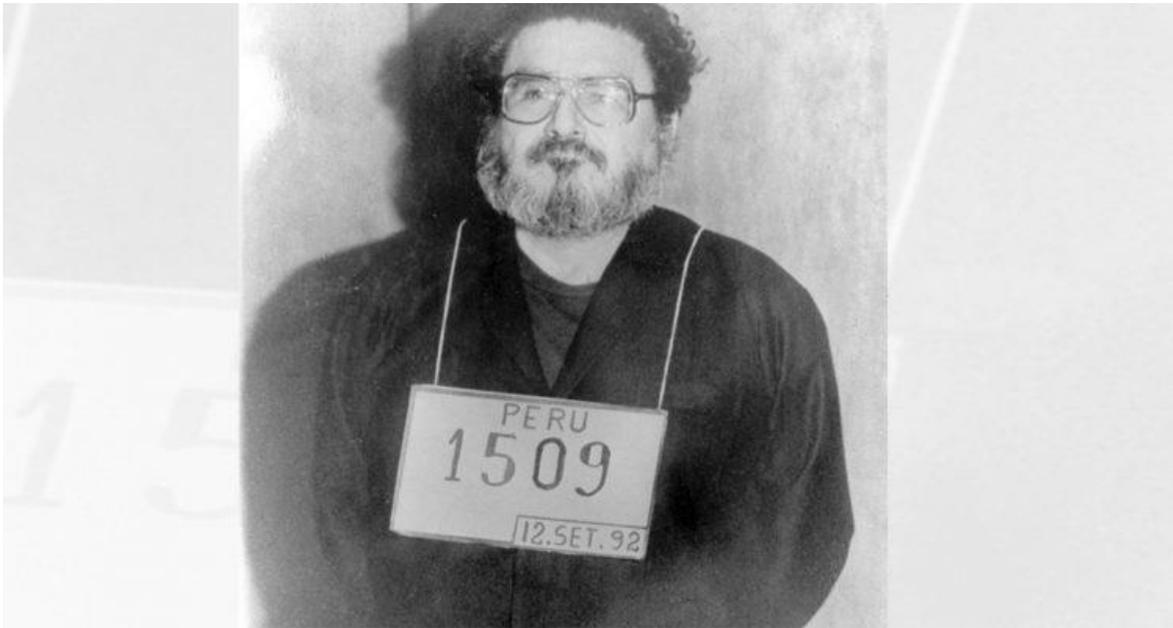
Die 1980er und 90er Jahre waren für die Bevölkerung Perus eine schwere Zeit. Am 17. Mai 1980 verübte die Peruanische Kommunistische Partei Sendero Luminoso ihren ersten Angriff in Chuschi, Ayacucho. Das war der Anfang eines langen und grausamen internen bewaffneten Konflikts, dem laut der Wahrheit- und Versöhnungskommission CVR (Comisión de la Verdad y Reconciliación) ca. 70.000 Menschenleben zum Opfer fielen. Die Mehrheit von ihnen waren arme, indigene Landbewohner*innen ohne Schulabschluss in den Regionen Ayacucho, Junín, Huánuco, Huancavelica, Apurímac und San Martín (CVR, Schlussfolgerungen §2, §4, §5, §6, §7).

Für die CVR war Sendero Luminoso der Haupttäter von Straftaten und Menschenrechtsverletzungen, bezogen auf die Zahl der Todesopfer und Verschwundenen. Sendero war verantwortlich für 54 Prozent der ermordeten Menschen, die die CVR ermittelt hat. Diese hohe Zahl ist eine Ausnahme unter den subversiven Gruppen in Lateinamerika und eines der bemerkenswertesten Ergebnisse der Untersuchungen der Wahrheitskommission (CVR, Schlussfolgerung §13).

Natürlich war Sendero Luminoso ebenso wie andere revolutionäre linke Gruppe in der Region eine Reaktion auf die sozialen Ungleichheiten und ein Versuch „einen neuen Staat“ zu bauen. Aber in diesen kurzen Beitrag gehe ich weder auf die Ursachen des Konfliktes noch auf die grausame und gewalttätige Reaktion des Staates ein. Mir geht es hier um Sendero und den Jahrestag der Festnahme von Abimael Guzman, die am 12. September 1992 stattfand.

Der totalitäre Charakter des politischen Projekts von Sendero Luminoso und sein gewalttätiges Vorgehen bewiesen schon früh in den 1980er Jahren, dass Sendero Luminoso nicht auf der Seite der benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen stand. Für die Partei waren die Ziele wichtiger als der Weg. Auf der Suche nach der Revolution ermordeten Sendero-Mitglieder staatliche Beamte und Regierungsvertreter*innen auf lokaler (Bürgermeister*innen, Gouverneure, Friedensrichter*innen) wie auf nationaler Ebene (Minister*innen, Abgeordnete usw.). Sie begingen Massenmorde an Anführer*innen sozialer Organisationen (Land- und Bauerngemeinden, Frauenorganisationen, Gewerkschaften usw.) (CVR, Schlussfolgerung §27). Laut der CVR war die Botschaft von Sendero Luminoso potenziell auf Völkermord ausgerichtet und sein Handeln rassistisch.

Diese Mischung war natürlich höchst zerstörerisch. Eine grausame Auswahl aus den vielen von Sendero Luminoso verübten Gewalttaten gegen indigene und nicht indigene Bevölkerung: Das Massaker von Lucanamarca 1983, bei dem 69 Bäuerinnen und Bauern, darunter Kinder, Schwangere und Senior*innen, umgebracht wurden (CVR, Band V, 2.2); die Unterdrückung des indigenen Volks der Asháninka (CVR, Band V, 2.8) und das Bombenattentat in Tarata, Miraflores (Lima 1992), bei dem 25 Personen getötet wurden, fünf Menschen verschwanden und mehr als ein hundert verletzt wurden.



*Abimael Guzman, der Gründer und Führer des "Leuchtenden Pfades" bei seiner Gefangennahme am 12. Oktober 1992.
Foto: Andina.*

Sendero Luminoso war eine gewalttätige Partei mit einer hierarchischen Organisation. Ihr Chef Abimael Guzmán Reynoso wurde von seinen Anhänger*innen als Prominenter und „größter lebender Marxist-Leninist-Maoist“ geschätzt (CVR, Band II, 1.1). In diesem Kontext war Abimael Guzmán persönlich für viele Straftaten verantwortlich.

Abimael Guzmán sitzt seit seiner Festnahme am 12. September 1992 im Gefängnis. 2006 wurde er wegen des Falls Lucanamarca zu lebenslanger Haft verurteilt. Zum zweiten Mal lebenslang erhielt er 2018 wegen des Bombenattentats in Tarata. Noch offen sind die juristischen Verfahren gegen ihn in drei Fällen: das Massaker von Soras (1984), bei dem 117 Bäuerinnen und Bauern ermordet wurden, das Massaker an Ronderos, bei dem 47 Bäuerinnen und Bauern ermordet wurden, und ein Massaker an Angehörigen der Ashaninka.

César Bazán Seminario

PERU, September 2020
Vor 28 Jahren wurde Abimael Guzman festgenommen, der Kopf und Verantwortliche für den Völkermord der Terrorgruppe Leuchtender Pfad

TERRORISMUS
GEWALT
TOD
NIE WIEDER

REKRETIERUNG VON KINDERSOLDATEN

Der Mord von Lucanamarca
 69 Tote - Alte, Frauen und Kinder

Der festgenommene Guzmán verhandelt mit Montesinos und rühmt Fujimori

Nicht zu vergessen:

Zwischen 1980 und 2000 entfachte der Kommunistische Partei Leuchtender Pfad -KMLP (Partido Comunista Sendero Luminoso) den schlimmsten bewaffneten Konflikt in der Geschichte Perus.

KMLP fing junge Menschen und Kleinbäuerinnen und -bauern für eine Revolution ein, die sich sehr bald zu einer Welle von Morden an ganzen Gemeinden entwickelte.

Der KMLP verachtete das Leben, verursachte Terror in den Städten und vor allem auf dem Land, das er zu retten versprochen hatte.

69 280 tote
79% aus ländlichen Gebieten
56% Landwirte und Kleinbauern

Abimael Guzman gründete und führte die KM-LP an. Er nannte sich das vierte Schwert des Kommunismus (mit Marx, Lenin und Mao); und hielt sich selbst für die Inkarnation des am besten entwickelten Denkens der Menschheitsgeschichte.

Guzmán und der KMLP zwangen ihre Anhänger*innen auf blutigste Art und Weise zu töten und zu sterben, während sie selbst praktisch während des gesamten Konfliktes in Lima blieben, weit weg von den Risiken und Entbehrungen.

Nach seiner Festnahme gab Guzmán, der an ein Leben ohne Entbehrungen gewöhnt war, fast sofort seine Ideologie auf, und schlug der Regierung ein Friedensabkommen vor.

Fuentes: Informe final CVR 2003

Infographik: Vanessa Schaeffer

Infographik als pdf zum Herunterladen: [infografía AG deutsch \(1\) \(1\)](#)

8. Pandemie, Verzweiflung und Konflikt in Espinar: Teil II

Trotz Corona hält der Konflikt um das Bergbauprojekt Antapaccay in der Provinz Espinar (Cusco) an.

Nach monatelangen sozialen Protesten gegen die Weigerung des Bergbauunternehmens Antapaccay (im Besitz von Glencore, Schweiz) in der Provinz Espinar (Cusco) wurde der Streik am 7. September beendet. Das Bergbauunternehmen hatte am Ende dem Wunsch der Bevölkerung und der Auszahlung eines Betrags von bis zu 50 Millionen Soles zugestimmt. Das Geld soll zur Abfederung der Folgen der Wirtschaftskrise in den umliegenden Gemeinden verwendet werden.

Wie im [letzten InfoPeru berichtet](#), begann die Bevölkerung von Espinar im Juli 2020 einen unbefristeten Streik. Die lokalen Führer*innen forderten eine Bonuszahlung von 1000 Soles für alle Wähler*innen in der Provinz, als einmalige Maßnahme zur Linderung der durch das Coronavirus verursachten Wirtschaftskrise. Die Auszahlung sollte insgesamt 50 Millionen Soles betragen und aus Mitteln des Sozialfonds des Bergbau-Rahmenabkommens finanziert werden. Die Auszahlung wurde im Mai vom Verwaltungsausschuss des Sozialfonds erörtert. Die Firma Antapaccay, die sich im Besitz von Glencore befindet, weigerte sich, das Geld auszuhändigen, was die Proteste auslöste.

Nach monatelanger Verweigerung, Protesten und einem komplizierten Dialogprozess – alles mitten in der Gesundheitskrise – stimmte das Unternehmen schließlich der Bitte der Bevölkerung zu und erklärte sich bereit, neben der Spende einer Sauerstoffanlage für die Provinz auch den geforderten Solidaritätsbonus zu zahlen.

Nun fragt man sich nach monatelangen Protesten und gewaltsamer Unterdrückung durch die Regierung (mit Misshandlungen, Schüssen und Verletzungen), ob Glencores Weigerung gerechtfertigt war. Oder ob sie im Gegenteil nur ein Beispiel für die Gleichgültigkeit und Willkür ist, mit der das Bergbauunternehmen in der Provinz Espinar agiert – ohne Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung und unter Verletzung ihres Grundrechts, über ihre Ziele und Territorien selbst zu entscheiden. Die Infostelle ist der Ansicht, dass die Beschädigungen und die Gewalt gegen die lokale Bevölkerung in dieser schwierigen Situation der Unsicherheit und der globalen Corona-Krise hätten vermieden werden können. Sie sind Ausdruck der Weigerung des Bergbauunternehmens, einen gleichberechtigten Dialog mit der Bevölkerung zu führen.

Die aktuelle Situation in Espinar

Derzeit ist in Espinar die Auszahlung des Bonus' von 1000 Soles noch nicht möglich. Komplikationen bei der Auftragsvergabe an Unternehmen, die sich um die Logistik der Auszahlung

unter Einhaltung der Hygieneregeln kümmern sollen, haben den Prozess verzögert. Voraussichtlich Mitte Oktober 2020 soll die Auszahlung nun beginnen. Die Situation ist jedoch nach wie vor unsicher. Unterdessen geht die Zahl der Infektionen in der Provinz nach oben. Laut den Anführer*innen der Proteste machen Vertreter des Minenunternehmens die sozialen Proteste für die Zunahme der Infektionen verantwortlich. Sie weisen dies zurück, denn "in anderen Provinzen, in denen es keine Proteste gegeben hat, ist die Zahl der Fälle höher. Darüber hinaus sind von den über 500 Infizierten mehr als die Hälfte Angestellte des Bergbauunternehmens Antapaccay, bei dem auch die ersten Fälle auftraten. Die Infektionen nahmen zu, da Hygiene- und Sicherheitsregeln für die Beschäftigten nicht eingehalten wurden." (Red Muqui, September 2020).



Foto: Hildegard Willer

Die Gewerkschaft der Arbeiter*innen von Antapaccay SINTRAMINA hat in diesem Zusammenhang ebenfalls die fehlenden Hygienemaßnahmen für die Beschäftigten kritisiert und willkürliche Entlassungen und Einschüchterungsversuche von gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen, die ihre Rechte einfordern, angeprangert.

In dieser schwierigen Situation arbeitet das Unternehmen weiterhin mit voller Kapazität und hält an seinen Expansionsplänen fest. In den letzten Wochen hat es die kleinbäuerlichen Gemeinden im Umfeld von Coroccohuayco angeschrieben, wo ein neues Bergbauprojekt geplant ist. Das Bergbauunternehmen beabsichtigt, das Land von den Gemeinden Paco Pata, Huano Huano und Huini Coroccohuayco zu erwerben. Es wurde jedoch keine Vorabkonsultation nach den Bestimmungen des in Peru geltenden ILO-Übereinkommens 169 durchgeführt.

Zweifellos sind dies Zeiten der Krise und Unsicherheit für die Bevölkerung in der Provinz Espinar. Lokale Gemeinden und die Zivilgesellschaft fordern, dass der Bergbau-Riese Glencore bei all seinen Aktionen seiner Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte gerecht werden muss.

Vanessa Schaeffer

Übersetzung: Annette Brox

9. Huancavelica: Giftige Dämpfe aus der Kolonialzeit

Für die Bewohner*innen von Huancavelica ist der Corona-Lockdown besonders gefährlich.

Sechs Monate lang befindet sich Peru im Lockdown, und die Peruaner halten sich seitdem fast nur noch zu Hause auf. Für Tausende Bewohner der Andenstadt Huancavelica in Zentralperu bedeutet das, dauerhaft Schwermetallen, wie Blei, Quecksilber und Arsen ausgesetzt zu sein. Fast die Hälfte der Huancavelicaner leben in Häusern, die aus Lehmziegel gebaut worden sind. Genau dieser Lehm, der aus dem Boden der Region hergestellt wurde, stößt schädliche Quecksilberdämpfe und kontaminierten Staub aus.

Der Grund der Kontamination liegt in der Vergangenheit: In der Kolonialzeit lieferte die Mine Santa Barbara in Huancavelica das Quecksilber für den Gold- und Silberabbau u.a. im bolivianischen Potosí. Zwar wurde der Quecksilberabbau bereits vor rund 50 Jahren eingestellt – die Altlasten bedrohen jedoch bis heute das Leben und die Gesundheit der Menschen in Huancavelica. Wessen Verantwortung ist es nun, daran etwas zu ändern?



Huancavelica Foto: Barbara Fraser

Kontaminierung belegt

Schon seit 10 Jahren erforscht der nordamerikanische Umwelthistoriker Dr. Nicholas Robins den Grad der Aussetzung an Metallen in Huancavelica und veröffentlichte 2015 [eine Studie](#), die belegte, dass die Hälfte der Bewohner, die in diesen Lehmhäusern wohnt, den Dämpfen ausgesetzt ist. Das betrifft an die 19.000 Menschen und zusätzlich 3500 Lebewesen. Die

peruanischen Standards wurden bei 81% der Bodenproben zu Quecksilber, bei 100% zu Arsen und bei 73% zu Blei übertroffen. Außerdem konnte Robins bestätigen, dass zu Zeiten der Pandemie, das Risiko einer Vergiftung für die Bevölkerung nochmal steigt.



Die Verseuchung des Bodens und Huancavelica als eine der verseuchtesten Städte durch Quecksilber der Welt, wurde auch von einer weiteren Studie einer Abteilung des Umweltamtes OEFA bestätigt. Schließlich trat die Ombudsstelle, la Defensoría del Pueblo, auf den Plan. Sie machten auf die Lage aufmerksam und forderten Eingriffe der zuständigen Ministerien, jedoch bisher ohne Erfolg. Auch als die Anwohner selbst sich an alle drei Staatsebenen – zentral, lokal und regional – wandten und einen sanitären Notstand forderten, geschah nichts. Und das nun seit Jahren. Trotz sektorübergreifender Treffen sah sich weder die regionale Regierung, noch der Ministerrat, noch eines der Ministerien verantwortlich.

Zeit zum Handeln

Für ihn sei die Zeit des Forschens vorbei, sagte Dr. Nicholas Robins dem

Eingang zur inzwischen aufgelassenen Quecksilber-Mine Santa Barbara Foto: Barbara Fraser

peruanischen Nachrichtenportal „[Gran Angular](#)“, da so das Handeln nur verschoben werde, und die Situation von den verantwortlichen Beamten falsch interpretiert werden würde. Er und seine Organisation *El Consejo de Salud Ambiental* begannen schon Wände und Böden zu verputzen, um die Kontaminierung zu verringern. Jedoch sieht auch er die Verantwortung beim Staat, den Bürgern ihre Menschenrechte zu garantieren.

Peru profitierte viel von der Mine Santa Barbara. Da jedoch der größte Teil der Quecksilberproduktion während der Kolonialzeit stattfand, stellt man sich die Frage, ob die spanische Monarchie hier mit verantwortlich gemacht werden sollte. Das sei jedoch sehr kompliziert und teuer, erklärte Robins. Nun sei der peruanische Staat der legale Verantwortliche, der sich weiterhin weigere, Huancavelica als verseuchten Ort anzuerkennen.

Die Bürgerinitiative aus Huancavelica *Asociación Nuevavelica* will auf die bedrohliche Lage aufmerksam machen, die jetzt gerade durch die Pandemie noch kritischer wird. Sie betonen, dass es der Bevölkerung um die Garantie eines gesunden Lebensumfeldes geht und sie keine finanzielle Entschädigung fordert.

Theresa Nickles

10. Madre de Dios: Umweltschützer erschossen

Vier indigene Umweltschützer sind dieses Jahr in Peru bereits ermordet worden. Der bisher Letzte in der Reihe ist Roberto Carlos Pacheco Villanueva aus Madre de Dios.

Die Zerstörung des Regenwaldes findet in ganz Südamerika statt und ist vor allem durch die Brände derzeit international ein vielbesprochenes Thema. In Madre de Dios, Peru, passiert das speziell durch Betreiber von illegalen Minen. Das Problem hierbei ist nicht nur das Roden der Bäume für den Abbau von Gold, sondern auch, dass die friedlichen Besitzer und Beschützer des Waldes sich in grosser Gefahr befinden.

Die Kriminalität und die Bedrohungen durch Eindringlinge im Regenwald sind in Peru schon länger bekannt, erhielt aber diesen Monat erneut Aufmerksamkeit, als am 11. September der Sohn des bekannten Umweltschützers Demetrio Pacheco auf seinem Landstück ermordet wurde. Roberto Carlos Pacheco Villanueva lief wie jeden Tag zur Kontrolle sein Gebiet ab, kehrte dieses Mal jedoch nicht nach Hause zurück. Als man ihn daraufhin suchte, fand ihn sein Vater am Rande des Gebietes auf. Eine Kugel in den Kopf und eine in die Hüfte beendeten sein Leben.

Roberto Pacheco und sein Vater waren bereits Opfer von Morddrohungen der Eindringlinge und auch schon von direkter Gewalt, wie zum Beispiel durch Schläge oder eine Pistole im Mund, weswegen stark davon ausgegangen wird, dass sie auch die Schuld an der Ermordung tragen. 2012 drang zum ersten Mal eine Gruppe auf ihr Land ein. Eigentlich wird es zum Anbauen von Kastanien genutzt, doch seitdem entdecken sie immer wieder illegale Rodungen. Gegen diese legten sie regelmäßig Beschwerden ein und kämpften mit anderen Landbesitzern und Umweltschützern gegen Bergbau, Rodungen und Invasionen.

2017 wendete sich Demetrio Pacheco an die Behörden in Puerto Maldonado, die ihm aber keinen Opferschutz garantieren wollten. Seitdem geht er zur Omdusstelle in Madre de Dios, wo er nicht der einzige ist, der nach derartigen Drohungen um Hilfe bittet. Politiker aus den Bereichen Menschenrechte und Umwelt in und außerhalb von Peru machten auf den Fall und die Lage aufmerksam, sodass auch die peruanische Regierung im Bilde sein sollte. Doch Karina Garay, Staatsanwältin für Umweltrecht in Madre de Dios, erklärt, dass die illegalen Rodungen, Minen und Landeinnahmen von Mafias geführt werden. Das bedeutet, dass sich die Betroffenen aus Angst vor den Gefahren oft nicht an die Staatsanwaltschaft wenden.



Foto: Wayka

In bereits vom illegalen Bergbau zerstörten Gebiet „La Pampa“ versuchte die Regierung mit der *Operación Mercurio*, die illegalen Goldgräber zu vertreiben. In Folge dringen die Goldsucher in neue Gebiete ein. Allerdings bleiben die Betroffenen der Drohungen und Invasionen besorgt und überlegen, ihr Gebiet zu verlassen. Vor fünf Jahren wurde Freddy Vrackos Vater ebenso wie Pacheco auf seinem Land ermordet. Bis heute wartet er auf die Aufklärung des Falles durch die Staatsanwaltschaft.

[Amnesty International ruft dazu auf](#), einen Appell an die im Fall Pacheco zuständige Staatsanwältin zu schicken, damit der Fall aufgeklärt wird und die Familie geschützt wird. Die Eilaktion läuft bis zum 13.11.2020.

Es kam auch tatsächlich schon zu Verhaftungen von fünf Verdächtigen, drei von ihnen wurden aber unerwartet vor der Anhörung zu ihrer Untersuchungshaft von einem Richter entlassen, trotz einer starken Beweislage. Die Anhörung wurde verschoben. Für Polizei, Staatsanwaltschaft und die Angehörigen von Pacheco ist das unverständlich.

Die Ermordung eines Umweltschützers ist in Peru keine Seltenheit. Allein während der Pandemie starben vier in ganz Peru, beispielsweise durch Narcos in Ucayali oder durch Minenbetreiber in Piura. Und auch wenn oft illegale Unternehmen für die Morde Verantwortung tragen, so sind legale Unternehmen durch Einschüchterung oder als Käufer und Partner nicht unbeteiligt.

Theresa Nickles

Quellen:

Romo, V., Sierra Praeli, Y.: „Perú: asesinan de dos balazos a defensor ambiental en Madre de Dios“ in Mongabay Latam, 13.09.2020.

Amnesty International: „Aktivist ermordet, Familie in Gefahr“. 18. September 2020. Zugriff 10.10.2020.

Derechos en Emergencia: „Defensores amenazados“. 07.10.2020. Zugriff 10.10.2020.

Romo, V.: „Juez de Madre de Dios libera a tres de los implicados en el asesinato de Defensor Ambiental“. 11.10.2020. Zugriff 13.10.2020.

11. Kurz gemeldet : Oktober 2020

Was in Peru in den letzten Wochen geschah....

Hausarbeiterinnen erhalten mehr Rechte

„Busco muchacha – cama adentro“ (suche Hausmädchen, Bett im Haus), das soll so der Vergangenheit angehören. Im September hat es das peruanische Parlament mit nur einer Gegenstimme beschlossen:

Arbeitszeitregelung: Acht Stunden täglich bzw. 49 Stunden pro Woche, der Verdienst muss mindestens dem Mindestlohn von 930 Soles (ca. 260 Euro) entsprechen. Dazu gibt es eine einmalige Zahlung im Juli (Nationalfeiertag) und Dezember und es gibt ein Anrecht auf 30 Tage Urlaub pro Jahr.

Weiter wurde beschlossen: Das Mindestalter für diese Tätigkeiten beträgt 18 Jahre, es muss ein schriftlicher Vertrag geschlossen werden, eine Entlassung wegen Schwangerschaft wird verboten und sie sind kranken- und sozialversichert.

Jetzt ist es Sache der Regierung, die dafür notwendigen Schritte, wie Regelung von Strafen bei Nicht-Beachtung durch die Arbeitgeber, zu gehen.

(El Peruano 5.9.2020)



Haussarbeiterinnen freuen sich über das neue Gesetz Foto: El Peruano

Parlament ratifiziert Abkommen von Escazú nicht

Laut Aussagen des Vorsitzenden des ausserpolitischen Ausschusses im peruanischen Parlament, Gilmer Trujillo, wird das Parlament das Umwelt-Abkommen von Escazu nicht ratifizieren. Nur zwei Fraktionen (Frente Amplio und Partido Morado) hätten sich für die Ratifizierung ausgesprochen. Die Regierung und die Gerichtsbarkeit befürworten dagegen das Abkommen.

Das Abkommen von Escazu schreibt weitgehende Umweltrechte und Auskunftsrechte über Umweltfragen zu. Vor allem Sektoren aus der Wirtschaft machen Lobby gegen das Abkommen, mit dem Vorwand, es würde die nationale Souveränität beeinträchtigen, und Peru könnte dann nicht mehr eigenständig über die Nutzung seiner Gebiete bestimmen.

<https://larepublica.pe/politica/2020/10/14/el-peru-no-ratificara-el-acuerdo-de-escazu-tras-no-lograr-un-consenso-en-la-comision-del-congreso/>

Corona-Pandemie: Peru ist das Land mit dem höchsten Arbeitsplatzverlust in Lateinamerika

Die Quarantäne und andere Maßnahmen im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie verursachten in Lateinamerika von April bis Juni einen Verlust von insgesamt 80 Millionen Arbeitsplätzen, das ist ein Drittel aller Beschäftigungsverhältnisse, gab die Internationale Arbeitsorganisation an (OIT – Organización Internacional del Trabajo). Am dramatischsten ist die Lage in Peru, das weltweit eines der Länder mit den meisten Covid-19-Fällen ist, und in dem es zu einem großen Teil informelle Beschäftigungsverhältnisse gibt. Die OIT rechnete aus, dass der jährliche Verlust von

Arbeitsstunden bereits zwischen April und Juni 50 Prozent überstieg. Dabei waren Frauen mit 57 Prozent am stärksten vom Verlust des Arbeitsplatzes betroffen. Relativ gesehen war Lateinamerika die Weltregion, in der zwischen April und Juni am meisten Arbeitsplätze verloren gingen. Die Region lag weit über dem weltweiten Durchschnittswert von 17,3 Prozent. Fast ein Sechstel der insgesamt 495 Millionen Arbeitsplatzverluste weltweit waren in Lateinamerika.

<https://www.msn.com/es-pe/noticias/otras/oit-per%C3%BA-es-el-pa%C3%ADs-con-el-mayor-n%C3%BAmero-de-desempleados-en-latinoam%C3%A9rica/vi-BB19pjeU?ocid=msedgdhp>

Indigene Frauen: Hüterinnen der Umwelt und besonders von der Corona-Krise betroffen

Indigene Frauen haben schon immer eine entscheidende Rolle als Hüterinnen der natürlichen Ressourcen, als Verteidigerinnen ihres Landes und als Verantwortliche für die Ernährungssouveränität in ihren Gemeinden gespielt. Sie waren es, die die Artenvielfalt unserer Ökosysteme schützten und die durch wirtschaftliche Initiativen die Kenntnisse ihrer Vorfahren und die indigene Weltsicht von Generation zu Generation weitergaben.

Gleichzeitig werden indigene Frauen mehrfach diskriminiert: aufgrund ihrer kulturellen Identität, ihres Geschlechtes, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation. Diese extreme Ungleichbehandlung bestätigt auch ein aktueller Bericht der Ombudsstelle Defensoría del Pueblo.

Diese Situation wurde durch den aktuellen gesundheitlichen Notstand noch verstärkt. ZU den die schwerwiegenden Problemen wie fehlende medizinische Einrichtungen, Medikamente und Sauerstoff kommt ein grundlegendes Problem dazu: die Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft, insbesondere auf die indigene Wirtschaft.

Organisationen von indigenen Frauen haben darauf hingewiesen, dass die von der Regierung angeordnete Quarantäne ihre traditionelle Wirtschaftsweise schädige. Ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten seien in der Regel mit dem Verkauf von Kunsthandwerk und Tourismus verbunden. Beides ist in Zeiten der Pandemie nicht möglich. Dazu kämen in vielen Fällen der fehlende Zugang zu sauberem Wasser und Umweltverschmutzungen. Die aktuelle Situation wirke sich stark auf ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit und die Ernährungssicherheit ihrer Familien aus.

Zum Tag der Indigenen Frau fordert die NGO DAR (Derecho, Ambiente y Recursos Naturales) die Regionalregierungen auf, auch während des Gesundheitsnotstandes Schutzstandards zu gewährleisten und die Wirtschaft dieser Frauen aus einer interkulturellen und Genderperspektive heraus zu stärken.

<https://dar.org.pe/mujeres-indigenas-cuidadoras-del-ambiente-y-lideresas-en-la-seguridad-alimentaria/>

Jugendliche Mütter: ein durch die Pandemie vergessener Notstand

Zwischen Januar und September wurden mehr als 33.000 Geburten von Minderjährigen in Peru registriert. Darunter waren auch 20 Mädchen, die mit weniger als zehn Jahren gezwungen wurden, Mutter zu sein. Das sind viermal mehr, als im gleichen Zeitraum 2019 registriert wurden. Das Problem verschlimmert sich dadurch, dass die Todesfälle von jugendlichen Müttern zunehmen.

Bis jetzt gibt es noch keine Studie, die die aktuelle Entwicklung der Schwangerschaften von Minderjährigen analysiert. Die Zahl der Minderjährigen, die während des Notstandes schwanger sind, eine Abtreibung hatten oder die ihre Kinder nicht im Krankenhaus zur Welt gebracht haben, konnte noch nicht vollständig erfasst werden. Bis zum 25. September wurden aber bereits 33.365 Mädchen gezählt, die im Laufe des Jahres Mutter geworden sind.

Dass die Gruppe der unter zehnjährigen Mütter schon jetzt so erschreckend groß ist, hängt direkt oder indirekt mit der Pandemie zusammen. Die sexuelle Gewalt ist in diesem Zeitraum gestiegen. Allein im August wurden 54.125 Fälle von Gewalt gemeldet, wovon sich 3.513 auf sexuellen Missbrauch von unter 17-Jährigen bezogen. Außerdem fehlte es in den letzten Monaten an Verhütungsmitteln und der Betreuung von Missbrauchsoffern. Außerdem ging die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche signifikant zurück. Ein Krankenhaus in Lima führte beispielsweise nur 26 Abtreibungen durch, während es im vergangenen Jahr 98 waren.

<https://ojo-publico.com/2139/ninas-madres-la-emergencia-suspendida-por-la-pandemia>

Eine Million Euro aus Deutschland für Gesundheitsposten in Ucayali und San Martín

Ein Projekt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wird eine Million Euro in die Stärkung von 137 Gesundheitszentren in den Regionen Ucayali und San Martín investieren, um die medizinische Betreuung der Indigenen in Covid-19-Zeiten zu verbessern. Dies ist das Ergebnis eines Gesundheitskongresses des peruanischen Gesundheitsministerium, der GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) und vom indigenen Dachverband AIDSESEP. In den am meisten betroffenen indigenen Territorien wie Loreto sollen Ausrüstung, Covid-19-Tests und Medikamente zur Verfügung gestellt werden.

Auf die Frage, wie man das Infektionsrisiko im Amazonasgebiet verringern könne, antwortete der Präsident von AIDSESEP, man müsse so weit möglich die Wiederankurbelung der Wirtschaft auf indigenem Territorium zurückhalten. Denn die Regierung sei nicht in der Lage, mit Gesundheitseinrichtungen angemessen zu reagieren. Die Regierung habe bereits 80 Millionen Soles zum Kampf gegen Covid-19 für die indigene Bevölkerung zur Verfügung gestellt, die bis heute nicht angekommen seien, da sie erst regionale Regierungen hätten passieren müssen.

Der Vizegesundheitsminister stellte eine Plattform vor, auf der die Ausgaben, die im Haushaltsplan für die gesundheitliche Betreuung der indigenen Bevölkerung vorgesehen sind, überwacht werden

können. So könne auch besser auf die Gesundheitssituation in weit entfernten Orten des Landes reagiert werden.

Der Repräsentant der deutschen Kooperation kündigte an, mit der einen Million Euro die gesundheitliche Situation der Indigenen zu stärken und zu verbessern. Abschließend betonte der Präsident von AIDSESEP, es müsse dringend gehandelt werden, das Virus dringe immer weiter vor und erreiche schon die äußersten Ecken des Amazonasgebietes. Man müsse reagieren und den Hauptbetroffenen helfen.

<http://aidesepe.org.pe/noticias/se-potencia-atencion-de-salud-indigena-en-ucayali-y-san-martin-frente-al-covid-19>

Sonderkredit der KfW für grüne Initiativen von Kleinbetrieben

Die deutsche KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) und die peruanische Entwicklungsbank Cofide unterzeichneten Mitte September einen Vertrag über einen Kredit von 250 Millionen Euro, die in das Programm „Covid 19: Programa de Reactivacion Verde“ (Programm für grüne Initiativen) fließen sollen. Es soll unter anderem Projekte zum Kampf gegen den Klimawandel finanzieren. Die Initiative unterstütze Programme wie den staatlichen Fonds für kleine und Kleinstunternehmen FAE-MYPE und FAE Turismo mit dem Ziel der Unterstützung von tausenden Kleinunternehmen, die der Gesundheitsnotstand in Schwierigkeiten gebracht hat. Der Kredit soll über 15 Jahre laufen. Sobald sich die peruanische Wirtschaft zu erholen beginne, würde der zweite Teil des Programms in Kraft treten: Investitionen in den Umweltschutz. Der deutsche Botschafter erklärte, dass es für die Wirtschaft fundamental sei, die Finanzierung von Kleinbetrieben aufrecht zu erhalten, da tausende Arbeitsplätze und Familien daran hingen. Nach der Covid-19-Krise solle die Wirtschaft besser und in Harmonie mit der Umwelt wieder aufgebaut werden.

Die Direktorin von KfW betonte, der Vertrag sei historisch: Nie zuvor habe die Bank so effizient und in so kurzer Zeit einen so hohen Kredit an Peru vergeben. Der Präsident von Cofide machte deutlich, dass nie zuvor ein solcher Kredit direkt und ohne Vermittlung der Regierung gewährt wurde, was das Vertrauen in seine Bank zeige.

Projekte zum Klimaschutz, die mit den Mitteln der KfW außerdem finanziert werden könnten, sind erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Darüber hinaus könnten Projekte zu Nachhaltigkeit, zur Vorbeugung von Umweltverschmutzung, zum Schutz der Artenvielfalt, Wassermanagement oder nachhaltigem und sauberem Verkehr angesetzt werden.

(Pressemitteilung der Deutschen Botschaft – Deutsche Zusammenarbeit vom 18.9.2020)

Abstruse Corona-Diskussionen gibt es auch in Peru

Auch in Peru gibt es seltsame Ansichten zur Corona-Pandemie.

Der Nationalabgeordnete Rolando Arapa Roque (Acción Popular) aus den Südanden (Puno) erklärte: „Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Virus mit Kleinflugzeugen und Drohnen zu uns im Süden Perus ausgebracht wird“. Das will er nicht akzeptieren und verlangt eine Aussprache mit dem Verteidigungsminister.

In den sozialen Medien wurde verbreitet, dass die Regierung bald den Verkauf von Alkohol verbieten wird. Der Verkauf von Alkohol stieg danach kurzfristig schnell an.

Eine Umfrage (IPSOS) ergab, dass 22% der Befragten sich nicht gegen Covid-19 impfen lassen wollen, unter anderem, weil mit einer solchen Impfung ein Mikrochip eingepflanzt wird, um die geimpften Menschen dann verschleppen zu können. Und die Kolumnistin des Boulevardblattes Expreso schreibt: Sie wollen uns zwangsimpfen, mit einem Chip versehen, der uns krank hält, der uns in Angst hält, um weitere Beschränkungen zu akzeptieren, die die Wirtschaft kaputt machen.

(diverse Tageszeitungen in Peru, soziale Medien und Expreso, 25.7.20)

Cusco trauert um Jorge Flores Ochoa und Ricardo Valderrama Fernández

Beide starben im August. Sie wurden am 20. bzw. 29. August Opfer des Coronavirus.

Jorge Flores Ochoa, geboren 1935, war ein bekannter Anthropologe, der wichtige Studienergebnisse zu den Hirten der Puna (Anden-Hochebene) sowie über die Geschichte und die Mythen von Cusco vorlegte. Neben anderen Verdiensten lehrte er an der dortigen Universität San Antonio Abad und leitete das Inka-Museum in Cusco, Museo Inca.

Ricardo Valderrama Fernández, geboren 1945, erhielt durch sein Buch über das Leben des Lastenträgers Greogorio Condori Mamani internationale Aufmerksamkeit. Er und seine Frau Carmen Escalante hatten es 1977 beim Centro Bartolomé de las Casas (Cusco) veröffentlicht. Andere Publikationen beschrieben Mythen des Colcatals oder in jüngster Zeit die Konflikte der Bevölkerung mit dem Bergwerksunternehmen Las Bambas. Für einige war sein Einstieg in die Politik überraschend. Er war zuletzt Landrat der Provinz Cusco.

(Rodrigo Montoya Rojas, Servindi, 4.9.20)

Marthas Rassismus

Martha Chavez, Abgeordnete der Fujimori-Partei (Fuerza Popular), fällt immer wieder durch ihre unqualifizierten und unsäglichen Beiträge auf. Egal, wie man dazu steht, dass Präsident Vizcarra seinen ehemaligen Minister Vicente Zaballos zum Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ernannte, ihre Kritik daran spricht für sich: Er, mit seinem andinen Aussehen, wäre besser als Botschafter nach Bolivien gegangen, schließlich sähen dort fast alle so aus wie er.

Kritik für diese Äußerung erhielt Frau Chavez aus dem peruanischen Parlament nicht. Kein Wunder, als nämlich im Jahr 2006 die quechuasprachige Parlamentsabgeordnete Maria Sumine aus Cusco ihren Amtseid in ihrer Muttersprache Quechua ablegte, verlangte die damalige Parlamentspräsidentin Martha Hildebrandt umgehend eine Wiederholung auf Spanisch. Quechua ist offiziell als eine der Landessprachen in Peru anerkannt. Maria Sumine verweigerte das Ansinnen. Eine andere quechuasprachige Abgeordnete, Hilaria Supa Huamán, musste Hohn und Kritik über sich ergehen lassen, weil ihr Spanisch den Ansprüchen der Parlamentspräsidentin Hildebrandt nicht genügte, wie El Correo berichtete.

Nicht verwunderlich, dass Indigene wie die Asháninka auf ihrem eigenen Territorium im zentralen Regenwald von Neusiedlern (meist Cocabauern) tagtäglich als „*Campas de mierda*“ („Scheiß Campas“) beschimpft werden. Dabei ist allein schon die Bezeichnung der Asháninka als Campa eine Beleidigung. Derzeit beliebtestes Ziel für rassistische Hasstiraden ist der Präsident der Asháninka-Organisation CARE, Angel Pedro Valerio. In Form von Übergriffen, Todesdrohungen und Morden zeigt der Rassismus seine hässliche Fratze.

(Peru 21, 2.9. und Radio RPP 1.9.20, careasháninka 5.8.20)

Schrumpfköpfe und Dekolonisierung

Im wichtigen ethnologischen Pitt Rivers Museum in Oxford waren die sogenannten Schrumpfköpfe (tsantsas) der Shuar, früher Jibaros genannt, aus dem südlichen Regenwald Ecuadors und nördlichen Perus schaurig-exotische Ausstellungsgegenstände. Ursprünglich entstanden sie aus den Köpfen besonders hochstehender, besiegter Feinde der Shuar (Awajun, Wampis in Peru) in einem respektvollen Ritus. Später wurden diese Artefakte Teil eines makabren Marktes. Pablo Uchua schreibt am 21.9.20 in BBC World, dass es deshalb zu gewalttätigen Übergriffen innerhalb der indigenen Bevölkerung kam, um an Köpfe zu kommen, aus denen man Schrumpfköpfe machen konnte, für die Europäer*innen und US-Amerikaner*innen viel Geld boten. Solche tsantsas wurden auch aus Affenköpfen produziert.

Jetzt wurden die tsantsas aus den Vitrinen des Museums entfernt mit dem Argument, sie dienten und dienen dazu die indigene Regenwaldbevölkerung als Barbaren, Unzivilisierte und Mörder

darzustellen. Eine Entfernung aus den Vitrinen wertet die Museumsleitung als Teil ihres Prozesses im Sinne der Dekolonisierung und als Beitrag gegen Stereotypenbildung. Eine Aktion, die längst fällig war, auch aus Gründen der Pietät. Zudem muss es diese Artefakte an die Föderation der Shuar in Ecuador und an die Föderation der Awajun und Wampis in Peru zurückgeben.

Eine gute Anregung an andere Museen ähnlich zu handeln.

Zusammengestellt von Clara Uhlemann, Heinz Schulze, Annette Brox

12. Julio Gamero ist tot

Ein Nachruf

Ich habe Julio das erste Mal getroffen, als er 1999 zum Tag der Menschenkette der damaligen weltweiten Erlaßjahr2000-Kampagne um den G8-Gipfel in Köln kam und als Vertreter der peruanischen Entschuldungsbewegung zusammen mit Rómulo Torres sich an einer Veranstaltung zum Schuldenproblem Perus beteiligte, die Günter Bruder von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) Freiburg und ich vorbereitet hatten. Julio arbeitete damals bei der ONG DESCO-Centro de Estudios y Promoción del Desarrollo, Rómulo bei der ONG Forum Solidaridad Perú. Beide Organisationen gehörten damals zur Mesa de Trabajo Deuda y Desarrollo Perú, unser Kooperations- und Ansprechpartner bei unserer Arbeit für die Entschuldung Perus.

Bereits am 18. und 19. September 2000 kam er mit Amparo Huaman vom Forum Solidaridad Perú und Humberto Ortiz von CEAS (bischöfliche Sozialkommission), beide ebenfalls Mitglieder der Mesa de Trabajo Deuda y Desarrollo Perú, wieder nach Deutschland zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit Mitgliedern des deutschen Koordinierungskreises „Peru – Entwicklung braucht Entschuldung“, Vertretern von Misereor, Brot für die Welt und der Erlassjahr-Kampagne. Wir haben uns zwei Tage lang über die Schuldenprobleme Perus und mögliche Lösungsstrategien ausgetauscht und übereinstimmende Positionen, offene Fragen für die weitere Diskussion und anstehende Aufgaben in einer gemeinsamen Schlusserklärung festgestellt. Dadurch wurde eine gemeinsame Basis für die weitere Zusammenarbeit an der gemeinsamen Aufgabe hergestellt. Eine der Forderungen dieser Erklärung war eine vorrangige Beteiligung der Zivilgesellschaft im Prozess der Entschuldung bei der Verwaltung, dem Monitoring und der Überwachung der im Rahmen der Entschuldung geschaffenen Fonds. Die Zivilgesellschaft sollte ebenfalls an der Entscheidungsfindung über künftige Kreditaufnahme (Neuverschuldung) beteiligt sein. Damit die Entschuldung der Bevölkerungsmehrheit des Schuldnerlandes zu Gute kommt, sollten alternative Bedingungen wie die vorrangige Partizipation der Bevölkerung und ein Beitrag zu nachhaltigen Prozessen ganzheitlicher Entwicklung gewährleistet sein.



Julio Gamero. Foto: El Gran Angular

Ganz im Sinne dieser Forderung hatten wir schließlich gemeinsam einen Gegenwertfonds mit Beteiligung der Zivilgesellschaft durchgesetzt: im Comité Tripartito, das die Entscheidungen über die Vergabe der Gelder des Fonds traf, saßen auch zwei gewählte Vertreter*innen der peruanischen Zivilgesellschaft. In der Gründungsphase des Fonds 2002, in der die Ziele und Regeln des Fonds festgelegt wurden, als auch im ersten Jahr der Arbeit des Fonds 2003 war Julio einer der Vertreter der Zivilgesellschaft im Comité Tripartito. Er schied aus dem Comité im Mai 2004 aus, weil er Vizeminister für Arbeit in der Regierung Toledo wurde.

Ich habe Julio damals als kompetenten, freundlichen und kooperativen Partner erlebt.

Seither haben wir uns aus den Augen verloren. Er hat die letzten Jahre als Beschäftigungs-Spezialist für das ILO-Büro für die Andenländer in Lima gearbeitet und dort eine Studie über informelle Beschäftigung in Peru erstellt. Er war Professor der Universidad Nacional de Ingeniería und der Pontificia Universidad Católica del Perú. Er war Mitgründer und Mitverantwortlicher des Blogs www.trabajodigno.pe. Er hat für die ONG Red GE eine Studie über die Auswirkungen des Freihandelsabkommens Perus mit den USA auf die Beschäftigung gemacht. Im Auftrag vor Oxfam hat er für die Studie „Mangos mit Makel – Die Marktmacht deutscher Supermarktketten und unfaire Arbeitsbedingungen in Peru“ die Handelsbeziehungen zwischen Erzeugern, Ex- und Importeuren beleuchtet, während die ONG Aurora Vivar die Arbeitsbedingungen in Peru untersucht hat.

Julio ist am 14. August an COVID 19 gestorben. Auch wenn wir die letzten Jahre keinen Kontakt mehr hatten: er wird fehlen – in Peru, das zeigen die vielen Nachrufe peruanischer ONGs, und für die gemeinsame Arbeit für eine Veränderung in Peru, eine Veränderung unserer Beziehungen zu Peru und in Deutschland.

Jimi Merk

13. ISP-News Oktober 2020

Neuigkeiten aus der Arbeit von Infostelle und Bergbaukampagne

Kein Profit auf Kosten von Covid-19-Erkrankten: gemeinsamer Offener Brief von 34 Organisationen

Auf Initiative der Informationsstelle Peru (ISP) haben 34 Hilfswerke, Nichtregierungsorganisationen und Partnerschaftsgruppen einen [Offenen Brief](#) an die Firma Linde geschrieben, um an ihre Verantwortung bei der Sauerstoffversorgung in der Corona-Pandemie zu appellieren (siehe auch den [Artikel in dieser Ausgabe](#)).

Mitgliederversammlung: Vorstand neu gewählt

Auf der Mitgliederversammlung der ISP im September, die dieses Jahr online stattfinden musste, wurden alle Vorstandsmitglieder wieder gewählt. Zusätzlich wurde Vanessa Schaeffer neu als Beisitzerin in den Vorstand gewählt. Sie ist Rechtsanwältin aus Lima und hat sich auf Umweltrecht und Menschenrechte spezialisiert. Seit 2012 arbeitet sie bei der peruanischen Nichtregierungsorganisation CooperAcción, die auch eine Partnerorganisation der ISP ist. Derzeit macht Vanessa Schaeffer einen Master in Environmental Governance an der Uni Freiburg. Herzlich willkommen im Vorstand!

Stellungnahme zum Lieferkettengesetz

Im August hatten wir als ISP und Kampagne Bergwerk Peru unsere Stellungnahme zum Lieferkettengesetz an das Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) geschickt. Eine persönliche Antwort erhielten wir nicht, lediglich eine allgemeine Antwort, ein Lieferkettengesetz dürfe nicht dazu führen, dass sich Unternehmen aus bestimmten Ländern zurückziehen. Auf unsere Stellungnahme, die Beispiele für Probleme bei Lieferketten im Bergbausektor und in der industriellen Landwirtschaft, nennt, wurde überhaupt nicht eingegangen. Daher ist es weiterhin wichtig, Druck auf das Ministerium zu machen. Die Initiative Lieferkettengesetz hat daher eine Protestaktion an Minister Altmaier gestartet, an der man online teilnehmen kann: <http://www.kampagne-bergwerk-peru.de/aktionen/bundeswirtschaftsministerium-blockiert-lieferkettengesetz-schluss-mit-dem-verzoegern-und-verwaessern/>

Kampagne #EspinarContraLalmpunidad

Die Organisation Derechos Humanos Sin Fronteras in Cusco fordert nach den gewaltsamen Protesten im Juli im Konflikt um die Mine Antapaccay eine umfassende Aufarbeitung der

Menschenrechtsverletzungen und Bestrafung der Verantwortlichen. Infostelle und Kampagne Bergwerk Peru unterstützen die Kampagne #EspinarContraLaImpunidad, die auch die Menschenrechtsverletzungen in der Vergangenheit, insbesondere das ungelöste Problem der Kontamination durch die Mine und die gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung, anprangert. Auf Initiative der *Plataforma Europa Perú* sendeten wir und andere PEP-Mitglieder E-Mails und Briefe an die peruanischen Botschaften in unseren Ländern sowie an die Botschaften in Lima, mit der Bitte um Unterstützung der Forderungen der Zivilgesellschaft.

<http://www.kampagne-bergwerk-peru.de/kampagnen/espinar/espinarcontralaimpunidad-brief-an-botschaften-und-aktuelle-entwicklungen/>

Ländergespräch Peru des BMZ

Mit drei Vertreter*innen hat die ISP am Ländergespräch Peru des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit teilgenommen, das Ende August stattfand – diesmal aus gegebenem Anlass online.

14. Weltwärts mit Welthaus Bielefeld: Bewerbung läuft!



Junge Menschen, die einen einjährigen Freiwilligen-Dienst in Peru oder in einem anderen Land des Südens absolvieren wollen, können sich nun beim Welthaus Bielefeld bewerben. Die Bewerbung für den nächsten Durchgang 2019-2020 ist möglich vom **23. Juli bis zum Sonntag, 21. Oktober 2018**. Bewerbungen sind nur über das Onlineformular möglich. Die aktuell zu besetzenden Einsatzplätze sind auf der Webseite des Welthauses einzusehen: www.welthaus.de/weltwaerts/einsatzplaetze/peru.

Geeignete Bewerber und Bewerberinnen werden eingeladen zu den Peru-Auswahltagen am Samstag, 10. und Sonntag, 11. November 2018

15. Freiburg, 6. – 14. November: Theatervorstellung „Intercambios“



Foto: Handres García

INTERCAMBIOS | CARGO-THEATER In Kooperation mit: Elgalpon.espacio | Teatro Yuyachkani (Peru)

Als das Cargo-Theater in Zusammenarbeit mit Künstler*innen aus Peru die Recherche für dieses Projekt beginnt, macht die Gruppe auf dem Dach einer Interviewpartnerin in Lima einen überraschenden Fund: Mit großer Sorgfalt wurde hier über Jahrzehnte hinweg ein einmaliges und umfangreiches Archiv angelegt. Die Geschichten hinter den vielseitigen Exponaten, die in überquellenden Regalen und verstaubten Einmachgläsern konserviert wurden, sind auf unterschiedlichste Art und Weise alle durch die gleiche Frage miteinander verbunden: Welches sind die Konsequenzen anthropogener Eingriffe in die Kreisläufe dieses Planeten? In der Theaterperformance „Intercambios“ wird das Publikum durch das nachgebaute Archiv und die fantasiereiche Welt der Deutsch-Peruanerin Soledad Bauer geführt, die sich selbst als „Sammlerin aussterbender Dinge“ bezeichnet. Eine Reise durch verschiedene Mikrokosmen, in denen Insekten Manifeste schreiben und Pflanzen ihre untätigen Betrachter*innen zur Aktion auffordern.

Mit: Carla Wierer, Jorge Baldeon, Leon Wierer Dramaturgische Beratung: Miguel Rubio Zapata

PREMIERE: Fr 6.11. | 20:00 Uhr | E-WERK Freiburg | Galerie 2 Weitere Termine: 7./8./9./10./11./12./13./14.NOV. || jew. 20:00 Uhr | Eintritt: 16€ / 9€

Karten: www.reservix.de | www.ewerk-freiburg.de | www.bz-ticket.de Gefördert von: Kulturamt der Stadt Freiburg, Goethe-Institut Lima, Brot für die Welt und Landesbank Baden-Württemberg

www.cargo-theater.de | info@cargo-theater.de | [Facebook/cargo-theater](https://www.facebook.com/cargo-theater)

16. 10. November 2020: Online-Vortrag „Quellflüsse des Amazonas in Gefahr“



Foto: Hildegard Willer

10.11.2020, 20 bis 21:30 Uhr: Online-Vortrag mit Diskussion

„Quellflüsse des Amazonas in Gefahr: Wie Mega-Staudämme und Bergbau das Weltklima bedrohen“, mit Thilo Papacek, Initiative GegenStrömung

Anmeldung unter silvia.bodemer@kampagne-bergwerk-peru.de bis 9.11.2020

17. 21. November 2020, München: „Cosmovision Andina – Weltanschauung der andinen Völker“



Konferenz & Konzert – Samstag, 21.11.2020, 9.30 – 20.30 Uhr im Amerikahaus München (Karolinenpl. 3, 80333 München)

Cosmosvision Andina – Weltanschauung der andinen Völker**Ein Beitrag für ein sozial ökologisches Leben hier und bei den indigenen Völkern**Details zum Programm unter <https://www.elchasqui.de/content/2020-11-21-cosmvision-andina>**Tagungsgebühr inkl. Konzert:** 25,00 € (inkl. Getränke und Snack), **Ermäßigt:** 15,00 € (Mitglieder, StudentenInnen, RentnerInnen, Schwerbehinderte)**Anmeldung:** Aufgrund der aktuellen Situation ist die Teilnehmerzahl begrenzt. Eine Teilnahme ist nur mit vorheriger Anmeldung unter Anmeldung@elchasqui.de möglich.

Falls die Veranstaltung aufgrund aktueller Corona Maßnahmen nicht stattfinden kann, erstatten wir euch umgehend die Tagungsgebühr. Eure Gesundheit ist uns wichtig. Während der Veranstaltung gelten die gesetzlich vorgeschriebenen Hygiene- und Abstandsregeln.

Wir freuen uns auf eure Anmeldung und auf eine erfahrungsreiche Konferenz!

Asociación Cultural Peruana el „Chasqui“ e.V.

E-Mail: anmeldung@elchasqui.deWebsite: www.elchasqui.de

Tel/ Whatsapp: 0152 33658 279 (Margot Rodriguez)

18. 1. Dezember: Online-Seminar „Aktuelle Themen indigener Gemeinschaften in Peru“

Welches sind die Themen, die indigene Völker und Gemeinden derzeit in Peru beschäftigen? Wir möchten gemeinsam mit unseren indigenen Kolleg*innen einen Einblick geben in wesentliche aktuelle Anliegen und Perspektiven. Wie sieht das Leben nach oder noch mit Covid-19 aus? Wie ist die rechtliche und ökonomische Situation? Welche Initiativen gibt es? Gibt es neue Bedrohungen, aber auch positive Entwicklungen?



Foto: Andreas Baumgart

Gleichzeitig werden wir auch dazu informieren, zu welchen Themen wir in Deutschland aktuell im Rahmen der Arbeit von Unterstützerorganisationen wie Infostelle Peru, INFOE, Klima-Bündnis sowie Klimapartnerschaften, in die auch indigene Gemeinschaften mit einbezogen sind, arbeiten. Dies betrifft u.a. den aktuellen Stand der Aktivitäten zur Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch die Bundesregierung zur Stärkung der Rechte indigener Völker.

am Dienstag, 1. Dezember 2020, um 19.30 Uhr auf Zoom.

Anmeldung an info@infostelle-peru.de

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.